





# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

(Nichtamtlicher Bericht.)

In der gestern abend von 8.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung waren 30 Mitglieder des Kollegiums anwesend; es fehlte nur Herr Stadtv. Heide (Bürgerl.). Am Ratsbüchse hatten Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrichter Quackmalz Platz genommen. Der Zuscherraum war wiederum gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Stadtv.-Vorsteher Rende.

Nach Besorgen des Vorstehers erklärte sich das Kollegium damit einverstanden, daß außer der bekanntgegebenen Tagesordnung noch 2 weitere Punkte in die heutige Tagesordnung aufgenommen werden.

## Richtigsprechung der Rechnung der Stadtkasse 1921/22.

Nachdem das Rechnungswerk geprüft worden ist, hatte der Rat beschlossen, dem Kollegium zu empfehlen, die Richtigsprechung zu vollziehen. Die Rechnung wurde vom Kollegium richtig gesprochen.

## Übernahme einer Verpflichtung bei Abschluß von Erbbaurechten des Pfarrlehns Oröba mit einzelnen Siedlern.

Der Gemeinderat der früheren Gemeinde Oröba hatte mit dem hiesigen Pfarrlehn für die Siedlungsindhaber einen Vertrag abgeschlossen in der Form, daß sich die Gemeinde zur Übernahme aller Verpflichtungen bereit erklärt, die sie zu erfüllen haben würde, wenn die Gemeinde selbst Erbbaurechtiger sei, und hat sodann mit Genehmigung des Landeskonsistoriums mit den einzelnen Siedlern einen Sondervertrag abgeschlossen. Dies ist jedoch nach Mitteilung des Amtsgerichts nach den gesetzlichen Vorschriften nicht zulässig. Nach erfolgter Zusammenlegung der Gemeinden hat auf Antrag des Pfarrlehns Oröba der Rat nunmehr beschlossen, den fraglichen Vertrag aufrechtzuerhalten, indem sich der Rat verpflichtet, für die Dauer des Erbbaurechts alle Handlungen vorzunehmen, die er vorzunehmen hätte, wenn er als Erbbaurechtiger eingetragener wäre, insbesondere unentgeltlich sämtliche Geschäfte für die Siedler zu übernehmen, deren Beiträge einzutreiben und bei ihrer Zahlungsfähigkeit für sie einzutreten. — Herr Stadtv. Tura (Soz.) erklärte, daß sich seine Fraktion mit der Ratsvorlage einverstanden erklärt, sie beantragt aber, daß diejenigen Siedler, die der Kirche nicht angehören, von der Zahlung der 50prozentigen Kirchenabgabe befreit würden und daß künftig der Erbbaurechtsvertrag von 10 auf 7 1/2 pro Quadratmeter herabgesetzt werde. Ferner werde gewünscht, daß bei weiteren Verhandlungen auch Siedlervertreter mit hinzugezogen würden. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß er sich dem Rat hin, daß die Vorlage nicht neu sei, es handle sich um die Siedlung an der Alleestraße. Das Amtsgericht habe mit Recht die Meinung vertreten, daß es ein sogen. Alter-Erbbaurecht nicht gebe. Irigend welche Bedenken gegen die Annahme der Vorlage lagen nicht vor. Es sei aber zu bezweifeln, ob der jetzt abgeschlossene Vertrag im Sinne des eingetragenen Erbbaurechts im Sinne des Landesgesetzes vom dem Pfarrlehn bezogen werden könne. Es sei deshalb zu empfehlen, die gewünschte Abänderung herbeizuführen zu versuchen, sie aber nicht zur Bedingung zu machen. — Die Ratsvorlage wurde schließlich genehmigt.

## Bewilligung von weiteren 5000 Mark zur Fertigstellung der Reibentieranlagen.

Einem Ratsbeschlusse entsprechend, der dem Kollegium vorschlug, zur restlichen Erledigung obiger Arbeiten, die auch im Interesse der geplanten Herstellung eines neuen Reibentierbuches erforderlich sind, einen weiteren Betrag von 5000 Mark zu bewilligen und die dringend notwendig gemachte Einstellung einer 4. Hilfskraft zu genehmigen, wurde einstimmig beschlossen, die erforderlichen Mittel zu bewilligen und auch mit der Einstellung einer 4. Hilfskraft erklärte man sich einverstanden.

## Gewährung von Gehältern an hiesige Beamte, Angestellte und Arbeiter bei Dienstjubiläen.

Diese Angelegenheit hat bekanntlich das Kollegium schon früher einmal beschäftigt. Es war seinerzeit beschlossen worden, dies nochmals dem Personalausschuß zur näheren Beratung zu überweisen. Nach Rücksprache mit dem Beamtenausschuß hat der Personalausschuß beschlossen, in Vorschlag zu bringen, jedem in hiesigen Diensten stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter erstmalig nach 25jähriger Tätigkeit bei der Stadt eine Jubiläumsgabe in Höhe von 150 Mark mit einem Glückwunschschreiben zu überreichen. Der Rat ist dem Vorschlage des Personalausschusses beigetreten und hat weitergehend beschlossen, diese Jubiläumsgaben auch denjenigen nachzugeben, die ihre 25jährige Tätigkeit zurückgelegt haben in der Zeit, während welcher krankliche Einrichtung aufgehoben gewesen ist. Dem Ratsbeschlusse wurde einstimmig beigetreten.

## Bewilligung von Mitteln zu Sparsparlagen für neugeborene Kinder.

Um den Sparsinn zu wecken und zu fördern, hat der Sparfassenausschuß in Vorschlag gebracht, Mittel zu bewilligen zum Zwecke der Anlegung eines gesparten Sparfassenbuches für jedes im Stadtbezirk Riela neugeborene Kind. Der von der Stadt einzuzahlende Grundbetrag soll 3 Mark betragen. Der Rat hat sich dem Vorschlage angeschlossen. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig beschlossen, den Vorschlag dahingehend zu erweitern, den Erzieherinnen der in Frage kommenden Kinder zur Pflicht zu machen, das Sparsparbuch durch Einzahlen eines Mindestbetrages von jährlich 1 Mark zu erhöhen. Nach Befinden kann von dieser Verpflichtung abgesehen werden. — Der kommunistische Stadtvorordnete Herr Schulae schloß sich diesem an, zu bemerken, es sei nur erwünscht, daß den künftigen Eltern, die Kinder zu erziehen, die besten Beispiele zu sein mögen, was die Kinder während der letzten Jahre haben erdulden müssen, und fügte zur allgemeinen Erweiterung hinzu, möchte alle, die das Kind verhalten haben, der . . . . . hollen!

## Wahl der Mitglieder der Einwohnungskommission.

Hierzu gab Herr Stadtv.-Vorsteher Rende bekannt, daß diese Kommission für das Kollegium jährlich nur einmal in Erscheinung trete und zwar am Tage ihrer Wahl. Der Kommission gehörten bisher an die Herren Baumwälder, Privatrat Scheider, Stadtrichter Alwin Thomas und Stadtrat Röhrhorn. Von der SPD-Fraktion wurden die Herren Max Schaub, Richter, 14, Max Förster, Allee-straße, und Bautechniker Riehling, Döbinger Straße, zur Wahl in Vorschlag gebracht, während die Bürgerlichen die Wiederwahl der bisherigen Herren empfahlen. Da zwei Wahlvorschläge eingegangen waren, mußte die Wahl mittels Stimmzettel erfolgen und zwar auf Grundlage der Verhältniswahl. Es entfielen auf die Liste Bänder 3 und auf die Liste Schaub ebenfalls 3 Sitze; somit gelten als gewählt die Herren Bänder, Schneider, Schönbauer, Schaub, Förster und Riehling.

## Wahl des Vorstehers für den 4. Bezirk.

Für das Amt des Vorstehers für den 4. Bezirk, welches durch das Ableben des bisherigen Vorstehers Kaufmann Röhberg anderweitig zu besetzen ist, wurden die Herren Röhmann, Eduard Böhm, Droßig, Oscar Förster und Kaufmann Alfred Bärner in Vorschlag gebracht. Ge-

gen die Wahl eines der vorgenannten Herren, die um ihre Berechtigung zur Annahme dieses Amtes befragt werden sollen, erfolgte kein Widerspruch.

## Erhöhung der Mittel zur Unterstützung der Kinder Unbemittelter zum Besuche auswärtiger Schulen bez.

Hierzu hatte die SPD-Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Das Kollegium wolle beschließen: die im Haushalt-plane eingezeichneten Mittel zur Unterstützung der Kinder unbemittelter Rieler Einwohner, die zur weiteren Ausbildung auswärtige Schulen besuchen müssen, sind im neuen Haushaltsplan wesentlich zu erhöhen. Bei ihrer Vergebung sind in erster Linie Kinder aus solchen Kreisen zu bedenken, denen bisher eine höhere Ausbildung verweigert war. Dem Besuche auswärtiger Schulen ist auch das Durchnehmen von Lehren gleichzusetzen, die als Voraussetzung einer höheren Ausbildung gelten. Ein Teil der Geldmittel ist so zu verwenden, daß sie dem Empfänger auf mehrere Jahre zugesprochen werden, damit er während seiner Ausbildungsfähigkeit fest mit ihnen rechnen kann. Nähere Richtlinien stellt der Finanzausschuß auf, der auch die Verteilung der Mittel zu übernehmen hat, die nach Beschluß des Kollegiums dem Schulsausschuß über-tragen war, dessen Zuständigkeit aber nach Willkür des zusammengeleiteten Schulsausschusses erloschen ist.“

Nach eingehender Begründung vorkommenden Antrages durch Herrn Vize-Vorsteher Gantner (Soz.) erfolgte eine ergebnislose Aussprache. Herr Gantner betonte u. a., daß man versuchen müsse, das den Kindern Unbemittelter bisher auf diesem Gebiete allgemein zugefügte Unrecht einigermaßen wieder auszugleichen. Die Hoffnung, auch einem bedürftigen Arbeiterkinder zu einem seiner Pforten entsprechenden Besuche zu verhelfen, sei leider bisher immer wieder nur zur Enttäuschung geworden. Die Höhe der Unterstützung müsse so bemessen und derartig festgelegt werden, daß dem betreffenden Kinde die restliche Durchführung seiner Ausbildung schon von vornherein gewährleistet sei. Das all-jährliche Nachsuchen um Unterstützung müsse künftig vermeiden werden. Ferner hat, dem Antrage zustimmen zu wollen. — Herr Stadtv. Schiller (Bürgerl.) erklärte, hierauf, die Rechte habe dem Antrage grundsätzlich geneigt gegenüber. Sie mache aber ihre Zustimmung davon abhängig, daß der Satz:

„Bei ihrer Vergebung sind in erster Linie Kinder aus solchen Kreisen zu bedenken, denen bisher eine höhere Ausbildung verweigert war“

gestrichen werde, da man in dieser Bestimmung eine Unter-stützungsgewährung nur für Arbeiterkinder vermuten müsse. Die Rechte habe diese Bestimmung für ungerecht. Die Unterstützungsgelder sollen nicht einer Bevölkerungsklasse, sondern allen Kindern zugute kommen. Der Begriff „Arbeiter“ sei ein sehr be-dingter, während der Begriff „Unbemittelter“ sehr eng um-grenzt sei. — Herr Stadtv. Horn (Soz.) äußerte hierzu, man könne ja den unrichtigen Satz fallen lassen, und dem Finanzausschuß das weitere überlassen, aber man habe nach den zutage tretenden Erfahrungen keine Gewähr dafür, daß die Angelegenheit im Sinne der Antragsteller geregelt werde. Er empfahl ebenfalls die Annahme des ungeländerten Antrages, der einen Ausgleich des bisher bestehenden Unrechts herbeiführen solle. — Herr Stadtv. Tröger (Bürgerl.) brachte nochmals zum Ausdruck, daß seine Fraktion dem Antrage sympathisch gegenüberstehe, jedoch bean-trage sie aus Gründen der Gerechtigkeit die Streichung des fraglichen Satzes. Er wies darauf hin, daß der Finanzaus-schuß die Verteilung der verfügbaren Gelder bisher in ge-rechter Weise vorgenommen habe und er würde sich von diesem Gesichtspunkte auch künftig leiten lassen. — Nachdem Herr Stadtv.-Vorsteher Rende (Bürgerl.) darauf hinge-wiesen hatte, daß viele kleinere Beamte unter großen finan-ziellen Schwierigkeiten ihren Kindern die Ausbildung für höhere Berufe ermöglichen hätten und daß auch diesen Krei-sen die Unterstützung nicht verweigert werden möchte, war die Aussprache erschöpft und es wurde die Abstimmung über die beiden Anträge vorgenommen. Das Ergebnis der Ab-stimmung war, daß der Antrag der SPD-Fraktion in seiner Fassung gegen die Stimmen der Rechten ange-nommen wurde; der Antrag der Rechten auf Streichung des fraglichen Satzes wurde von den linken Fraktionen ab-gelehnt.

## Ein Forderungsbüchlein-Vertrag

mit den Siedlern Lungwig und Müller im Stadtteil Weiba wurde nach den Vorschlägen des Finanzausschusses genehmigt.

## Errichtung einer Filiale in Riela der Gemeinnützigen Konsumvereine G. m. b. H. bez.

Zu dieser Frage hatte bekanntlich das Stadtverordnen-tenkollegium in einer früheren Sitzung Stellung genom-men und seinerzeit beschlossen, die Angelegenheit nochmals an den Finanzausschuß zurückzuverweisen. Der Finanzaus-schuß hat sich nun neuerdings nochmals mit der Sache beschäftigt und des weiteren eine Kommission, bestehend aus dem Herren Stadtv.-Vorst. Rende und Stadtv. Willkomm und zwei Sachleuten (einem Tischler und einem Tapezierer) zwecks Beschäftigung des Wertes und Rücksprache nach Leip-zig entsandt. Ueber das Ergebnis der Beschäftigung und der festgestellten Verhandlungen berichtet zunächst Herr Stadt-verordneter-Vorsteher Rende. Der Bestand des Lagers an besseren Möbeln ist kein großer gewesen, während ein-sachere Möbelstücke zahlreicher vorhanden waren. Die Ver-schaffenheit hätte nach keinem Darfhalten in Bezug auf Material und Herstellung manche Mängel aufgewiesen. Die Polstermöbel konnten zwar nach Aussage des mitanwesenden Sachmannes für den vom Werk geforderten Preis hier nicht hergekauft werden, sie seien dafür aber auch am hiesi-gen Plage entsprechend besser. Auf Betragen habe die Wertfestlegung ausgegeben, daß man auch mit anderen Städten in Zahlung stehe, greifbare Erfolge seien aber bis jetzt noch nicht zu verzeichnen. Das Unternehmen ist be-kanntlich ein Abzahlungsgeschäft, zu dem die Stadt bei Er-richtung einer Filiale in Riela eine Bürgschaftsumme von 15 000 Mark hinterlegen soll. Herr Stadtv.-Vorsteher Rende war der Meinung, daß man in anbetragt der Wohnungs-not doch erst nach Jahren auf eine Wohnung rechnen könne und man sich deshalb insinieren auf die Beschaffung einer Ausstattung durch Anlegen des Geldes vorbereiten könne. Er könne sich nicht denken, daß jetzt die rechte Zeit sei, ein derartiges Unternehmen von der Stadt aus zu finanzieren. — Herr Stadtv. Willkomm ging in seinen Ausführun-gen auf die Darlegungen des Herrn Rende, sowie auf die Vertragsverhältnisse des Wertes ein und kreifte hierbei auch die Einsegnungen des Herrn Stadtv. Willkomm in der feinerzeitigen Stadtverordnetenversammlung. Herr Willkomm konnte den Ausführungen des Herrn Rende nicht allent-halben beistimmen; er behauptete im Gegenteil, daß die Ausführung der Möbelstücke und das verwendete Holz nicht schlechter sei, als es sonst zu beobachten sei. Die Zeit der Abzahlungsgeschäfte sei noch nicht vorüber, im Gegen-teil, man könne täglich lesen, daß immer wieder neue er-öffnet würden. Die Abzahlungssumme der Gemeinnützigen Konsumvereine richte sich nach den obwaltenden Verhält-nissen. Eine wöchentliche Abzahlungsrate von 5 Mark sei der höchste Betrag. Die Handwerker-Innungen würden bei den gegebenen Zusicherungen nicht ungünstig absehen, da auch den hiesigen Handwerkern Anträge vom Wert zu-gewährt würden. Der Finanzausschuß habe gegen zwei Stim-

men beschlossen, vorzuschlagen, die Bürgschaftsumme von 15 000 Mark zu bewilligen. — Herr Stadtv. Willkomm er-läuterte, die beteiligten Handwerkerkreise hätten sich nicht gegen die Abzahlungsgeschäfte im allgemeinen wenden, aber man wende sich dagegen, daß hieran eine hiesige Bürgschaft geleistet werden solle. Ferner findet es eigen-artig, daß die Beschäftigung des Wertes durch die Kom-mission bereits längere Zeit vorher angemeldet worden sei. Die Art der Abzahlung sei nach dem Betrage hier genau nicht anders als anderswo. Die Bedürfnisfrage müsse er-schieden verneinen. Der Arbeiter und auch der kleinere Beamte werde bei den hiesigen Handwerkern weitgehendes Entgegenkommen finden. Die Lieferung der Waren erfolge hier gegen Treu und Glauben. Man vermisste immer noch die Klärung der Frage mit den beiden Geschlechtern, die ja bekanntlich die Urheber des Bedarfs gewesen seien. Man wisse auch nicht, welchen Umlauf die Gesellschaft in Leipzig erziele. Aus Leipzig habe dem Unternehmen den Nutzen gebracht; die Verhandlungen mit anderen Städten seien gescheitert. Ferner bemerkte, er könne nicht einsehen, warum gerade unsere Stadt hier das Verhinderungsstück abgeben solle. — Herr Stadtv. Seibach ging ebenfalls nochmals auf den Abzahlungsvertrag ein und erläuterte, daß die Be-dingungen keinesfalls günstiger seien als in hiesigen Un-ternehmungen. Uebrigens liege ein Bedürfnis für Errich-tung der Filiale nicht vor. Mit dem Unternehmen sei im-merhin eine gewisse Konkurrenz verbunden. Die kleinen Handwerksmeister hätten schon jetzt unter dem Rückgange der Aufträge zu leiden und läßen sich zu Arbeiterentlastun-gen gezwungen. Von einer billigeren Herstellung der Mö-bel durch die Gesellschaft könne nicht die Rede sein. Er hat, die Angelegenheit abzutun. — Herr Stadtv. Will-komm wies nochmals auf die zugeführte weitgehendste Stundung der Zahlungen hin. Jede Rückzahlungsfrist gegen die Warenabnehmer würde ausreichen. Man hätte sicherlich nicht kein Geld, wenn sich die hiesigen Handwerkerkreise zu einem ähnlichen Unternehmen zusammengeschlossen hätten. — Herr Stadtv. Heide vertrat den Standpunkt, es müsse hierüber ausdiskutiert sein, daß es ein gemein-nütziges Unternehmen sei. — Herr Stadtv. Schiller ver-trat die Meinung, daß die Gesellschaft keine Vorteile bieten könne und vor allem liege für Riela das Bedürfnis für ein derartiges Unternehmen nicht vor. — Herr Stadtv. Tröger gab zu bedenken, daß die Gesellschaft doch schon einige Jahre bestohe und nur eine einzige Stadt habe sich ihr angeschlossen. Die hiesigen Handwerker würden gewiß das ihrige tun, um der Einwohnerschaft entgegenzukom-men, weshalb er die Vorlage ablehne. — Da die Meinun-gen sehr geteilt sind und eine Übereinkunft kaum zu er-marten war, beantragte Herr Stadtv. Schneider schließlich, die Beschäftigung nochmals zu vertagen und die Angelegenheit nochmals an den zuständigen Ausschuß zurückzuverweisen. Der Vertragsantrag wurde einstimmig angenommen.

## Verchiedenes.

Die Rechte beantragte, auch im kommenden Jahre Mittel zur Ausstattung der hiesigen Konfirmanden zur Verfügung zu stellen. Da nach Mitteilung des Herrn Stadtv. Heide die Anschaffungspreise im Vergleich zum vorigen Jahre erheblich gestiegen sind, wurde einstimmig beschlossen, den Betrag in derselben Höhe wie im Vorjahre einzustellen, damit die Unterstützung noch mehreren Konfirmanden zugute kommen könne.

Auf Anregung des Heimat-Museum-Vereins gab Herr Gantner die Anregung, zu beschließen, daß alle auf hiesigen Fluren gefundenen Urnen an die Stadt bezogen, an das Heimatmuseum abgegeben werden müssen. Es sei übrigens sehr erwünscht, daß alle Urnenfunde gemeldet werden möchten und die Fundgegenstände im Sinne der Heimatpflege an das Heimatmuseum abgegeben würden. Das Kollegium beschloß im Sinne der Anregung.

Herr Stadtv. Meißner bewilligte wiederholt das Festhalten einer genügenden Beleuchtung an der Autobus-haltestelle am Albertplatz, an der Ecke Haupt- und Pauscher-Straße, sowie an dem Kreuzungspunkte Haupt- u. Land-hammerstraße (am Rios). Er forderte dringend, daß an diesen Stellen im Interesse der Verkehrssicherheit baldigst genügende Beleuchtungskörper angebracht werden. Die An-regung soll dem Räte unterbreitet werden.

Herr Abg. Horn erinnerte an den Beschluß des Kollegiums, wonach die einzelnen Ausschüsse ihre Berich-terstattung für die in den Sitzungen des Kollegiums vorzu-tragenden Vorschläge ermitteln sollen. Herr Vorsteher Rende bat die Ausschüsse, darnach zu verfahren.

Auf eine Anfrage des Herrn Stadtv. Jürmann, betr. die Rußbarmachung des Steinbruchs im Stadtteil Oröba, teilte Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider mit, daß der Rußbarmachung die Frage weiter verfolgt und beschlossen habe, ein Gutachten über Art und Ausdehnungs-möglichkeit der Rußbarmachung einzuziehen.

Herr Stadtv. Schulae wies auf die ausbesserungsbe-dürftigen Stellen auf dem Plage am Feuerweh-rschuppen im Stadtteil Oröba hin und erluchte um Ab-stellung dieser Mängel. Auch hierüber soll der Rat in Kenn-nis gesetzt werden.

Hiermit werden die Beratungsgegenstände erledigt. Die öffentliche Sitzung, an die sich eine nichtöffentliche anschloß, erreichte gegen 10 Uhr ihr Ende.

## Vertikales und Sächsisches.

Riela, den 21. Januar 1925.

— Jugendpflege und Jugendbewegung. Der 1. April 1924 hat mit der Fürsorgeverordnung und der dazu gehörigen Rotverordnung den Wohlfahrtsämtern eine Fülle neuer Aufgaben gebracht; die wichtigsten dieser neuen Aufgaben ist die öffentliche Jugendhilfe oder Jugendwohlfahrt. Dieser Zweig der Wohlfahrt, der bisher meistens nur in den Städten ausgebildet war, ist nun auch Pflichtauf-gabe der ländlichen Bezirke geworden. Diese Pflichtauf-gabe des Jugendamtes heißt das R. J. B. G. In den wichtigsten 1. Satz des R. J. B. G. in jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur geistigen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Welcher Beamtenapparat, und wäre er noch so groß ausgebaut, wäre wohl in der Lage, diesen Aufgabenkreisen gerecht zu werden? Das Jugendamt ist daher nur in der Lage seine Aufgaben zu erfüllen, wenn es von allen Kreisen der Bevölkerung getragen und unter-stützt wird. Ist es Aufgabe des Jugendamtes, die Kräfte der freien Arbeitstätigkeit zusammen zu fassen, sie zu sammeln und mit Rat und Tat zu unterstützen, so ist es Auf-gabe der in der freien Arbeitstätigkeit stehenden, als Helfer und Förderer die Arbeit der öffentlichen Jugendhilfe zu unterstützen. Es soll ein gemeinsames Arbeiten sein mit ge-meinsamen Zielen, eine Arbeitsgemeinschaft, die auf gleichbe-rechtigtes Zusammenwirken der Träger der öffentlichen und privaten Jugendhilfe beruht. Um nun die Zusammen-arbeit zwischen öffentlicher und privater Jugendhilfe immer intensiver zu gestalten, und um in die durch das R. J. B. G. gegebene Grundlage der gemeinsamen Arbeit einzuführen, veranstaltet das Jugendamt der Amtshauptmannschaft am 24. Januar 1925 in Großenhain im Saalhof einen Jugendwohlfahrtstag, der mit dem Ansatze für die Herren Bürgermeister verbunden wird. Alle, die für unsere Jugend ein offenes Herz haben und mitarbeiten wollen, sind herzlich dazu eingeladen. Die Einladung all-



in Sonderheit auch der Jugend selbst, soweit sie in der Jugendpflege und Jugendbewegung lebend gewirkt ist, in der Jugendwohlfahrtspflege mitzuarbeiten. Näheres steht im heutigen amtlichen Teil des Blattes.

**Brasilien und Argentinien im Film.** Ein neuer Propagandafilm wird dieser Tage seine ersten Aufführungen erleben. Der Film „Mit der Dagna nach Südamerika“ führt den Zuschauer mit einem Südamerikadampfer der Hamburg-Amerika-Linie zunächst nach Bahia. Von hier aus tritt man eine Luftfahrt in die Ländgebiete Brasiliens an. Rio de Janeiro ist das zweite Ziel, von dem aus die Fahrt weiter nach der Kaffeestadt Santos und nach dem Industriezentrum Sao Paulo geht. In Sao Paulo wird ein zweiter Ausflug ins Innere Brasiliens unternommen, der mitten in den brasilianischen Urwald führt. Hier tobt der Einwanderer mit Art und Säge den Urwald, baut in der Wäldung sein erstes Holzhaus, bestellt sein erstes Feld und bringt die erste Ernte ein. Von diesen mühsamen Anfängen bis zur voll entwickelten Siedlung wird die Kolonisationsarbeit des Einwanderers in eindrucksvollen Bildern geschildert. Argentinien wird im zweiten Teil des Films behandelt. Schon der Hafen Buenos Aires mit seinen mächtigen Getreidehäfen und großen Getreidehallen deutet auf die volkwirtschaftliche Grundlage des Landes, auf den Getreidebau und die Viehzucht hin, die nachdem die Hauptstadt in zahlreichen lebendigen Bildern gezeigt worden ist, eingehend dargestellt werden. Der besondere Wert dieses Films liegt in der unbemittelten Schilderung des Lebens, das den Einwanderer drüben erwartet. Wer sich Brasilien oder Argentinien als neue Heimat erwählt, kann sich durch den Film im voraus mit den Lebensverhältnissen und den anfänglich nicht ganz leichten Arbeitsbedingungen bekannt machen, denen er entgegengehen wird. Damit erfüllt der neue Propagandafilm eine spezifische Aufgabe des Aufklärungs- und Kulturfilms und dürfte deshalb viele Freunde unter allen gewinnen, die sich eine klare Anschauung der beiden größten und zukunftsreichsten Länder Südamerikas verschaffen wollen. — Die erste hiesige Vorführung dieses interessanten Films, zu der erläuternde Worte gesprochen werden, findet Donnerstag, den 22. Januar, in den U. T. Lichtspielen (Goethestr.) statt.

**Ein Leipziger Messfilm.** Einen großen Messe-Propagandafilm wird im Wintermonat mit dem Messtheater für die Messewerke in Leipzig die Mitteldeutsche Filmfabrik (Leipzig) herstellen. Das Manuskript für diesen Film stammt aus der Feder des Kurators des Leipziger Stadtgeschichtlichen Museums Dr. Walter Lange, in dessen Händen auch die künstlerische Leitung liegt. Da die Vorarbeiten abgeschlossen sind, werden bereits in den nächsten Tagen die Aufnahmen beginnen. Der Film wird über die ganze Erde verbreitet und in sieben Sprachen erscheinen. — **Immelmanns Grabstätte.** Die Querverbindung Dresden des Ringes der Flieger veranstaltet am 2. Februar abends 8 Uhr in den „Drei Raben“ in Dresden eine Immelmann-Gedenkfeier. Die Ueberreste des Abends sollen dem Ausschusse angeführt werden, der sich die würdige Herrichtung des Grabes eines unserer bedeutendsten Luftkämpfer Immelmann zur Aufgabe gestellt hat. Der Abend wird u. a. einen Vortrag des Oberleutnants Tschölkich bringen über einen Rundflug durch Deutschland. Der Vortrag wird durch Lichtbilder illustriert. Die Reichswestflugkompanie wird durch einige auch humoristische Vorträge dafür sorgen, daß der Abend eine nicht allzu ernste Rolle erhält. Die Gedenkfeier soll die Einweihung bilden für eine durchzuführende Sammlung zur Herrichtung des Immelmannschen Grabes in einer der bedeutungsvollen Verortungen würdigen Weise.

**Ueber Verwendung der Eisenbahnwerkstätten.** Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Eisenbahnwerkstätten in Pilschen und Radebeul nach neueren Entschlüssen der Reichsbahnverwaltung für bahneigene Zwecke weiter Verwendung finden sollen, jedoch eine Ueberlassung an die Privatindustrie nicht in Frage kommen kann.

**Fahrpreiserhöhung bei der tschechischen Eisenbahn.** Nach einer Rundmachung des Eisenbahnministeriums werden mit Gültigkeit vom 1. Februar die bisherigen normalen, ermäßigten und besonders ermäßigten Fahrpreise (unter den letzteren sind die Preise für Monatsfahrkarten gemeint) aufgehoben und in ihre Stelle treten neue, durchschnittlich rund um 10 Prozent erhöhte Fahrpreise, in die die Steuern (die alte und die neue Fahrkartensteuer) eingeschlossen sind, in Kraft. Die Preise der Schüler-Monatskarten und der Arbeiter-Wochenkarten und die Preise für Gepäck, Expressgut und Zeitungsparafete bleiben unverändert.

**Der Stenographie-Unterricht in den Schulen.** An allen Schulen des Volkshilfs- und des Wirtschaftswissenschaftlichen, an denen Stenographieunterricht erteilt wird, sind die laufenden Lehrgänge im Wabersbergerischen System zu Ende zu führen. An den Schulen, an denen Lehrer vorhanden sind, die bereits an einem Einführungskursus in die Einheitskurzschrift mit Erfolg teilgenommen haben, kann von Oktober 1925 ab in der Einheitskurzschrift unterrichtet werden. Lehrkräfte, die noch nicht die Berechtigung zum Unterricht in der Stenographie erworben haben, haben sich nach der amtlichen Bekanntmachung einer neuen Ordnung für die staatliche Prüfung für Lehrer der Kurzschrift im Freistaate Sachsen dieser Prüfung zu unterwerfen; solche Lehrkräfte, die diese Berechtigung bereits besitzen, haben eine Nachprüfung nach einer ebenfalls noch bekanntzugebenden Ordnung abzulegen. Empfehlenswerte Lehrbücher der Stenographie werden noch vor Schluss des laufenden Schuljahres bekanntgegeben.

**Warnung vor Preisauschreiben.** Das Dresdner Presseamt des Polizeipräsidiums schreibt und: Trotz wiederholter Warnungen finden sich im Inseratenteil der Zeitungen immer noch hin und wieder Anzeigen über Preisauschreiben und Preisrätsel, die als Auszeichnungen im Sinne des § 286 des Reichsstrafgesetzbuches zu betrachten und daher unzulässig sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die Polizeibehörden anderweit angewiesen worden sind, gegen die Verantwortlichen derartiger Auszeichnungen scharf vorzugehen.

**Neuer Schiffsfahrkanal bei Kuba.** Beim Bau der Stauffe Nr. 11 und des Elektrizitätswerkes im Elblauf bei Schreckenstein, welcher beiden durchgehört wird, erweitert sich im Interesse des ununterbrochenen Schiffsabtriebes die Verlegung der jetzigen Schiffsfahrkanäle als notwendig. In diesem Zweck beschäftigt die Kommission für die Kanalisierung des Moldau- und Elblaufes einen eigenen Schiffsfahrkanal am linken Ufer der hinter dem jetzigen Trappweg zwischen Pflanzlängen 13-15 und 16-18 zu errichten. Die kommissionelle Vorklärung und Verhandlung findet am 27. Januar statt.

**München.** Eine unerwartete Dille wurde dem Droschkenführer Hundert in der Leipziger Straße zuteil, dessen Pferd verendet war, und dem seine ganze Existenz gefährdet schien, weil er sich kein neues Pferd kaufen konnte. Die Bewohner der Straße veranstalteten eine Sammlung für den Bedrängten, die in wenig Stunden 500 Mk. ergab. Dieser Betrag wurde dem Droschkenführer überreicht, der so in die Lage versetzt worden ist, sich ein neues Pferd anzuschaffen und sich weiter die für seinen Lebensunterhalt nötigen Mittel zu erwerben.

**Chemnitz.** Hier selbst entschied nach langem Weiben der hiesige Amtsgerichtsdirektor Georg Thom. — Ein Prozeß, wie ihn in ähnlichem Ausmaße die Chemnitzer Gerichte seit langem nicht gesehen haben, findet gegenwärtig vor dem

gemeinsamen Schöffengericht statt. Nicht weniger als 45 Angeklagte haben sich wegen insgesamt 23 Einbruchsdiebstählen in Fabriken, Gebäuden, Geschäftsräumen usw. in Chemnitz, Blauen, Weidau und Berlin zu verantworten. Die Sicherung der Verurteilung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, hat ein starkes Aufgebot der Staatsanwaltschaft übernommen. Die Verteidigung liegt bei mehreren Chemnitzer und Berliner Rechtsanwälten.

**Chemnitz.** Es wird berichtet: Vorigen Montag, abends 10 Uhr, wurde ein Verkäufer vaterländisch gerichteter Zeitungen auf der Theaterstraße in der Nähe der Paulikirche von 7 Reichsbannerleuten verhaftet. Dabei fiel u. a. die Ausrufung: „Das ist der Rißhund von Fahnenträger; den Hund schlagen wir tot!“ Als der Verhaftete über den Vorfall, in der Richtung nach dem Restaurant „Kampthof“ zu gehen wollte, wurde er hinterwärts überfallen und es wurde versucht, ihn in den Chemnitzfluß zu werfen. In der Notwehr gelang es dem Ueberfallenen, sich durch kräftige Fußtritte Luft zu schaffen und zu entkommen. Das Eingekommen von Passanten hinderte die Reichsbannerleute an weiterer Verfolgung. Nach dem Ueberfall bemerkte der Zeitungshändler, daß ihm seine Uhr mit schwarz-weißem Band abgehoben gekommen war. — Des weiteren wird uns mitgeteilt, daß in der Nacht zum Dienstag das Geschäft des hiesigen Jungdeutschen Zeitungsvorsetzers (am Antonplatz) geschloßen worden ist. — Ja, wir haben es herrlich weit gebracht!

**Meinerdorf b. Chemnitz.** Am Sonnabend nachmittag sollte in der hiesigen Mühle eine etwa sechs Zentner schwere Welle hochgehoben werden. Der Helfer, Herr D. B. wurde hierbei so schwer beschädigt, daß er operiert werden mußte. Leider war die Operation ohne Erfolg, denn Herr B. ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

**Bursen.** Der Kreisverband zu Leipzig bemittelt in seiner nächsten Sitzung die Kostenlos Ueberlassung eines 5000 Quadratmeter großen Bauplatzes im Werte von 50000 Mk. an den Handelschulverein Bursen zur Errichtung eines Handelschulgebäudes durch die Stadt Bursen. Leipzig. Ein tödlicher Unfall ereignete sich in der Offengießerei von Max Has in Pösch. Ein neun Zentner schweres Gießstück wurde an einer Vorrichtung in die Höhe gehoben und stürzte herab, als es ein 48jähriger Arbeiter von unten nach festem Redieren wollte. Der Arbeiter wurde sofort getötet. Das Drahtseil, durch dessen Reiben der Unfallfall erfolgte, ist erst vor kurzem frisch eingeseilt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet, um die Schuldfrage zu klären.

### Sechste Funkpruch-Verordnungen und Telegramme vom 21. Januar 1925.

**Die Aufwertung der preussischen Staatsanleihen.** Berlin. Wie der Deutsche Handelsbanker erfährt, fand im Finanzministerium eine zweite Beratung mit den Vertretern der Banken und Bankiers statt, die vor einigen Tagen bei der ersten Beratung auf technische Schwierigkeiten hingewiesen hatten, die sich bei einer Aufwertung der Reichsanleihen nach dem Zeitraum des Bestehens ergeben müßten. Diese technischen Schwierigkeiten bildeten auch bei der wiederholten Beratung den Grund, aus dem heraus die Bankvertreter die Uebernahme der Aufwertungsarbeiten nicht übernehmen zu können glaubten. Die Unternehmung zwischen dem alten und dem neuen Wert der Anleihen erfordert so komplizierte Feststellungen, daß es im Arbeitskreis der Banken nicht möglich wäre, diese Einzelheiten zu übernehmen. Bindende Beschlüsse wurden von Seiten der Bankvertreter noch nicht gefaßt, doch hat die Finanzverwaltung gewisse Erleichterungen in Vorschlag gebracht, auf die die Bankvertreter sich schriftlich äußern werden.

**Großer Versteherungsprozeß in Berlin.** Berlin. (Funkpruch.) Wie die B. Z. erzählt, wird vor dem großen Schöffengericht Tempelhof in den nächsten Tagen ein Strafverfahren gegen den Generaldirektor der bekannten Automobilfirma Fritz Trostsch und eine Reihe von Privatpersonen und Beamten zur Verhandlung kommen. Es handelt sich dabei um Vorgänge, die sich bei der Verwertung der von dem Reichsverwertungsamte abgekauften Kraftwagen aus Heeresbeständen zugehört haben. Insgesamt werden sich 18 Personen wegen Urkundenfälschung, Betrug, aktiver und passiver Versteherung zu verantworten haben.

**Keine Abberufung Trendelenburgs.** Berlin. Amlich wird mitgeteilt: Französische Blätter melden, daß die Reichsregierung erwogen habe, den Leiter der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Staatssekretär Trendelenburg aus Paris abberufen und durch einen anderen Unterhändler zu ersetzen. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Der Gedanke, einen Wechsel des Verhandlungsleiters herbeizuführen, ist von keiner Seite erwogen worden. Die Regierung steht in enger Fühlung mit dem Leiter der Delegation.

**Zur Barinat-Affäre.** Berlin. (Funkpruch.) Der vom Reichstag zur Untersuchung der Barinat-Affäre eingeleitete Ausschuss tritt zu seiner ersten Sitzung am kommenden Sonnabend 11 Uhr vorm. zusammen.

**Die Beratungskommission für Auslandskredite.** Berlin. Die Neue Zählige Rundschau meldet: Die im Reichsfinanzministerium von den Kommissionen vorbereiteten Richtlinien für die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Länder und Kommunen sind nunmehr von den Ländern angenommen worden, so daß die in den Richtlinien vorgelebene Beratungskommission für Auslandskredite der Länder und Kommunen ins Leben getreten ist. Der Kommission gehören an: Weidener Regierungsrat Korden vom Reichsfinanzministerium als Vorsitzender, Direktor Dr. Dalberg vom Reichswirtschaftsministerium, Präsident Dr. Schroeder von der preussischen Staatsbank, Verhöld von der bayerischen Staatsbank und Reichsbankdirektor Driese, Mitglied des Reichsbankpräsidiums.

**Die deutsche Reichsmark in Kanada anerkannt.** Berlin. (Funkpruch.) Durch Birkular des kanadischen Finanzministeriums ist die Reichsmark als deutsche „Standard“-währung anerkannt worden.

**Keine Amerika-Anleihe Hamburgs.** Hamburg. (Funkpruch.) In den Meldungen New Yorker Blätter, daß Hamburg Verhandlungen mit amerikanischen Finanzkreisen eingeleitet habe, um Abschluß einer Anleihe, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Nachrichten vollkommen aus der Luft gegriffen seien und daß der Hamburger Senat unter den augenblicklichen Finanzverhältnissen nicht daran denke, eine ausländische Anleihe aufzunehmen.

**Die Konfordatfrage.** München. (Funkpruch.) Wie wir hören, ist die Ratifikation des Konfordats im Staate Bayern mit dem heiligen Stuhl für Sonnabend in Aussicht genommen. Die Angehörigen der Münchener Metallindustrie lehnen den Einigungsversuch ab.

**München.** (Funkpruch.) Laut Münchener Post haben die technischen und kaufmännischen Angehörigen der Münchener Metallindustrie den unverdächtig Einigungsversuch des Landesindustriellen zur Gebaltsfrage abgelehnt. Auch die große Angestelltenkommission des Münchener-Fürstener Arbeitervereins und die Augsburg-Techniker sprachen sich ablehnend aus.

### Die Aufhebung des Verbot der national-sozialistischen Arbeiterpartei auch in Bayern geplant.

München. (Funkpruch.) Nach Wittermeldungen soll das Verbot der national-sozialistischen Arbeiterpartei, das in anderen deutschen Ländern schon seit längerer Zeit nicht mehr besteht, auch in Bayern aufgehoben werden. Von unrichtiger Seite hören wir, daß mit der Aufhebung des Verbotes noch in dieser Woche gerechnet werden kann. Ein Verbot ist jedoch bisher noch nicht gefaßt.

### Treuegelände des Schweriner Landtages.

Schwerin. Im mecklenburg-schweriner Landtag kennzeichnete der Vorsitzende in scharfen Worten den ungeheuren Vertragsbruch, den die Wälierten mit der Verletzung der norddeutschen Rone aus deutschen Wäli verübt haben. Er erneuerte das Treuegelände zu Staat und Volk, das in fester Einheit und in Treue zusammenhalten müsse. Auch dieses Unrecht müsse überwunden werden bis zur Befreiung von schmachvollen Fesseln.

### Wolen und Danzig.

Warschau. (Funkpruch.) Die Landtagsklub der Rechten und des Zentrums brachten in der gestrigen Sitzung einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem gegen den „Anschlag auf die Rechte Polens“ in Danzig Verwahrung eingelegt wird. Die polnische Regierung müsse geeignete Schritte unternehmen, damit sich die Tätigkeit des Danziger Wälierbundskommissars innerhalb der Grenzen seiner Rechte abspiele. Ueberdies müsse, solange Polen nicht über die volle Selbstbestimmung in Danzig verfüge, der Warenverkehr von Danzig nach anderen Kollimern abgelehnt werden.

Danzig. (Funkpruch.) Die Genier Nachricht über eine Erörterung des Danzig-polnischen Konfliktes auf der nächsten Tagung des Wälierbundrates ist dahin zu ergäßen, daß der Rat des Wälierbundes sich mit der Frage der Verleihung einer polnischen Volksvertretung in Danzig entsprechend dem Wortlaut des Art. 39 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. November 1920 erst dann befassen wird, wenn der hiesige Wälierbundrat entschieden und wenn einer der beiden Staaten gegen seine Entscheidung Berufung eingelegt hat. Wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, ist in Genf nicht beabsichtigt, das vertraglich vorgesehene Verfahren im vorliegenden Falle irgendwie zu ändern.

### Wiederherstellung des freien Arbeitsmarktes in Rußland.

Moskau. Durch das vom 14. Januar veröffentlichte Gesetz ist die Beschränkung der Unternehmer, die von ihnen benötigten Arbeitskräfte nur durch Vermittlung der staatlichen Arbeitsbehörde aufzunehmen, aufgehoben und die Freiheit des Arbeitsmarktes wieder hergestellt worden.

Paris. Die Uebergabe der Wrangelkotte an die Sowjetregierung erscheint angehts des energischen Einspruchs der parlamentarischen Kreise unwahrscheinlich. Der Abg. Daniolou, Berichterstatter des Parlamentes über die Anerkennung Sowjetrußlands, beschuldigt die Regierung Perriot, ihm das Vorhandensein von 13 Telegrammen Bolincars an Tschitscherin verschwiegen zu haben, aus denen hervorgeht, daß der frühere Ministerpräsident an die Auslieferung der Schiffe eine Reihe von Vorbehalten geknüpft hat. Die gegenwärtige Regierung habe ihm aber nur ein einziges Telegramm Bolincars ausgehändigt, das die Versicherung enthält, Frankreich werde einer offiziell anerkannten Regierung die Wrangelkotte nicht vorenthalten. Daniolou hat der Kommission für auswärtige Angelegenheiten davon Mitteilung gemacht und Schritte bei Perriot wegen der Telegramme eingeleitet, die einer Kommission zur Prüfung unterbreitet werden sollen.

### Der Aufwertungsausschub des Reichstages.

Der heute unter dem Vorsitz des Abg. Steiniger (Dn.) zum ersten Male nach der Regierungskrise zusammengetrat, behandelte den deutsch-nationalen Antrag, worin verlangt wird, daß die Verordnung zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 aufgehoben werden soll. Die in Artikel 2 der Verordnung bezeichneten Fristen sollen bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung verlängert werden.

Abg. Best (Dn.) begründet den Antrag. Es entspricht nicht der Absicht der Nationalversammlung bei der Schaffung der Reichsverfassung, daß der Art. 48 dazu verwendet werde, die Regierungsverordnungen zu unterstützen, die von dem Gerichte als rechtungsgültig erklärt worden sind.

Abg. Schetter (B.) hält es im Interesse der Rechtssicherheit nicht für angebracht, jetzt die Verordnung vom 4. Dezember 1924 für ungültig zu erklären, da eine endgültige gesetzliche Regelung des großen Aufwertungsproblems nahe bevorstehe.

Abg. Zetz (Soz.): Wir wünschen die sofortige Annahme des deutsch-nationalen Antrages. Die Sozialdemokratische Partei hat schon bisher keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Anwendung des Art. 48 der Reichsverfassung für eine mißbräuchliche hält.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.): Es bestände noch Aussicht, daß in absehbarer Frist durch einen von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf die ganze Frage zur Sprache gebracht würde. Infolgedessen sei es nicht ratsam, in der Zwischenzeit die Verordnung für ungültig zu erklären.

**Der Reichstagsausschub für die besetzten Gebiete** beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage der Regelung der Beamtenverhältnisse bei der Reichsvermögensverwaltung. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag von Guerd-Tremmel (Str.) angenommen, welcher die Reichsregierung um Maßnahmen erucht, die dazu führen, daß die Beamten der Reichsvermögensverwaltung bezüglich ihrer Beförderung denen der Reichsfinanzverwaltung gleichgestellt werden.

### Der Reichstagsausschub

verhandelte sich in seiner heutigen Sitzung vor der Plenarsitzung über den Geschäftsplan für die nächsten Tage dahin, daß heute die erste Reihe der Parteiredner zu Ende kommen soll und morgen die Sitzung schon um 11 Uhr vorm. beginnen soll, damit dann sämtliche Redner der zweiten Rednerreihe bis zum Abend das Wort ergreifen können. Morgen abend soll die Abstimmung über die Anträge auf Willigung der Regierungserklärung bzw. Mißtrauensvotum stattfinden. Ob der Reichstagsantrag noch einmal in die Debatte eingreifen wird, hand noch nicht fest. Eine Rede des Außenministers Dr. Stresemann wird nicht erwartet. Am Freitag wird sich der Reichstag mit dem deutsch-polnischen und dem deutsch-spanischen Handelsvertrag beschäftigen, darauf soll eine mehrtägige Pause eintreten.

### Heute oder morgen

kommt der Briefträger zu Ihnen und wird das Bezugs-geld für Februar auf das hiesige Tagesblatt einheben. Sofortige Bezugszahlung sichern Ihnen eine ununterbrochene Zustellung des hiesigen Tagesblattes an Beginn vom 22.

**Postbezieher!**



Donnerstag, 22. Freitag, 23. Sonnabend, 24.



# Die 3 letzten Extra-Verkaufstage



um allen meinen werten Kunden die Gelegenheit zu geben, sich in den preiswerten Waren einzudecken.  
Bitte meine Fenster zu beachten.

## Kaufhaus D. Morgenstern, Riesa a. E.

Hauptstraße 39.  
Telefon No. 313.

U. T.  
Goethestraße 102.

Donnerstag, 22. Jan., nur einen Tag:

### FILMVORTRAG

Mir der Hapag  
nach Südamerika-Brasilien-Argentinien



HAMBURG-AMERIKA LINIE

Vorfürungen 7 und 9 Uhr.  
Vorverkauf findet an der Kasse 1/7 bis 9 Uhr nachm. statt. Da der Andrang in allen Städten zu diesem Vortrag sehr stark war, wird höflich gebeten, nach Möglichkeit die erste Vorstellung pünktlich zu besuchen.

Gösta Berling ab Freitag.

### Vereinsnachrichten

Allg. Turnverein. Heute Festausführung, Hüpfer, Pandwackerinnung Riesa. Donnerstag, 22. Jan., 8 Uhr abends Versammlung, Hotel Hüpfer.  
Jungstahlhelm. Versammlung 22. 1. fällt aus.  
Nächste Versammlung 29. 1.  
Turnverein Riesa. Freitag, 23. 1. nach der Turnrunde 7, 10 Uhr Turnratsitzung im Wettiner Hof.  
Vereinsrichter Riesa u. Umg. Sonntag, 25. 1., 1/3 Unter Hauptverl. Jahresber., Kassenber., Neuwahlen. Volls. Ersch. Ehrenliste.  
Cyphens. Dienstag, d. 3. Febr., 7 1/2 Uhr Stift.-Fest i. Hof. Hüpfer. Für Mitgl. einchl. Frau u. unverb. Söhne u. Töchter Eintritt frei. Einfuhr v. Gästen i. beschr. Zahl gestattet. Gastkarten je 3 M. Anm.-meld. durch Liste d. Spätest. Freitag, d. 30., abds. d. Buchdr. Blume.

### Ortsverwaltung d. Deutschen Musikerverbandes, Riesa.

Mittwoch, 21. Jan. **Versammlung**  
8 Uhr  
im Hotel Stern. Letzte Versammlung für Musiker, die nicht Verbandsmitgl. sind. Ganke, 1. Vorl.

### Chorverein Riesa.

Donnerstag, den 29. Januar 1925, 7/8 Uhr  
Festsaal der Oberrealschule  
**6. ordentliche Hauptversammlung.**

Tagesordnung: Berichte, Wahlen, Jahresprogramm, Anträge, Verschiedenes.  
Auf S. 4 Abs. 2 der Satzungen wird hiermit verwiesen. — Im Anschluss an die Versammlung findet Probe statt.  
Studienrat Paul Schumann, 1. Vorl.  
Donnerstag, den 22. Januar, 8 Uhr Probe.  
Vollständig erscheinen!

### 1. Kreisverbandsausstellung

des Kreisverbandes Riesa  
verbunden mit Tombola  
vom 23. bis 25. Januar 1925  
im Schützenhaus zu

**Lommatzsch.**

### Sämtliche Trockengemüse

in allen Preislagen empfiehlt in guter Qualität  
billigt **R. Schnelle, Schützenstraße.**



# Der Zuckerrüben-Anbau

bildet das Rückgrat der Landwirtschaft, weil sowohl direkte als auch indirekte Vorteile damit verbunden sind.

Wir kaufen jede Menge Zuckerrüben zu vorteilhaften Bedingungen für die Herren Landwirte.

Interesseenten wollen sich mit Herrn Privatus **G. Lempe** in Lommatzsch oder mit uns direkt in Verbindung setzen.

## Zuckerfabrik Mühlberg a. E. G. m. b. H.

in Brottewitz.

### Nerven-

.....  
tropfen „Wawil“ seit 24 J.  
ausgezeichnetes Mittel bei  
Schlaflosigkeit, zur Herz- u.  
Nervenstärkung. Per Fl.  
Mk. 1,50. — In haben  
Unter-Abtheilung i. Gröba  
Med.-Procurie i. Riesa.

### Wassen = Anzüge

billig  
zu verkaufen (von mittags  
12 Uhr an) Reiffstraße 1, 1. l.

Verkaufe la vollbaumige  
Rupf- u. Schleißledern  
in allen Preislagen.  
R. C. Nothdorff, Stöckh,  
Wänselmättere.

### Gebraunte Kaffees

kaufen Sie gut u. preiswert  
bei **R. Schnelle**  
Schützenstraße.

### Restaurant Lichtspielhaus

Morgen Donnerstag von 6 Uhr ab  
Eisbein mit Klob und Gallertschüssel.  
7. Bier.

### Donnerstag Schweine- schlachten.

Kurt Göbde  
Fr.-Licht-Str.

### Restaurant Bürgerhof.

Morgen **Schweinefleisch**  
Donnerstag  
Ab 8 Uhr früh Wellfleisch, später  
frische Würst. Gallertschüssel und  
die üblichen Schmalzgerichte.  
Ewald Köhler u. Frau.

## Nutzholzversteigerung

Donnerstag, 22. d. M., vormittags 10 Uhr  
gelangen auf der Wiese des Ekelmannschen Gutes  
in Pausitz circa 15 Ferkometer Eichen u. 1,2 Ferkometer  
Erlen meistbietend gegen Kasse zur Ver-  
steigerung. Lohse, Inspektor.

Junge Damen und Herren  
finden guten  
bürgerl. Mittagstisch  
Bismarckstr. 59.

verkauft fortwährend  
Th. Gammis, Bismarckstr. 26

## Brennholz-Versteigerung

Nieder Jahnschauen.  
Sonntag, den 25. 1. 25, vorm. 10 Uhr sollen  
auf dem Schlag im „Unterholz“  
29 erlene und weidene Langbänken  
6 ebene Abraumhänken  
sowie auf der Streuwiese am „Oberholz“  
6 Rm. ebene Brennrollen  
7 Abraumhänken  
meistbietend versteigert werden. H. Krüger.

### Möbel

neu und gebraucht  
stets billig zu verkaufen.

**Oskar Messer**  
Riesa, Bruchgasse 4.

## Achtung!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Donnerstag und Freitag  
der Film des Volkes:

## „Schmiede“

kommt im Saale von  
**Hotel Hüpfer**  
zur Vorführung.

Anfang 7/8 Uhr, Kassenchluss 9 Uhr.  
— Volles Orchester. —

Als Beiprogramm:  
**Seff, der lustige Vagabund.**  
Um gut. Zuspruch bittet die Direktion.

## Ausverkauf

in Hilfsbüchern, Pantoffeln u. Kamelhaarwaren  
von Freitag, 23., bis Sonnabend, 31. Januar  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**L. Richter, Gröba, Alleestr. 19.**  
Kein Laden.

## Gasthof „Admiral“ Bohersen.

Sonnabend, 24. Januar  
großer öffentlicher  
**Maskenball.**

Kaffenschn. 6 Uhr, Anfang 7 Uhr, Demask. 10 Uhr.  
Zuschauer 1 M., Masken 2,50 M. (für die  
Masken einchl. freies Tanzen). Maskengarderobe  
am selbigen Tage im Gasthof.  
Um gütigen Zuspruch bittet  
Oktogr. Freie Nadler. Der Festausch.

### 2 Einspänner-Wagen

ein neuer und ein wenig  
gebrauchter stehen zu  
verkaufen. Wollisch bei  
Behren Nr. 21.

Guterh. Winterüber-  
zieher billig zu verkaufen  
Bismarckstraße 8. Dth.

Am 19. d. M. verschied  
nach kurzem schweren  
Leiden unser lieber kleiner  
**Heinz**  
im Alter von 5 Monaten.  
In tiefer Trauer  
Familie Alfred Göbe.  
Riesa, Albertplatz 6.

# Zuckerrüben-Anbau

für die Zuckerfabrik Ditsch.

Unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen werden  
hierdurch die Landwirte der diesigen Gegend auf die Vor-  
teile des Zuckerrübenanbaues aufmerksam gemacht. Die

## Zuckerfabrik Ditsch

bietet als einzige Fabrik im Freistaate Sachsen insbesondere  
noch großen Vorteil in der Rückgewährung von

### 9 v. H. getrodneten Zuckerschnitzel

die anerkannt ein vorzügliches, hochwertiges und preiswür-  
diges Futtermittel und eine sehr gute Dauerware darstellen.  
Zaatzgut wird in genügenden Mengen unentgeltlich  
geliefert.

Interesseenten werden gebeten, sich an unseren Vertreter  
Herrn Privatus **Alex. Köber, Ditsch, Lutherstraße** oder  
direkt an die Fabrik zu wenden.

## 5 t Zweiseitenkipper-Lastkraftwagen

fabrikneu, erste Marke  
mit Bosch-Licht und -Anlasser unter günstigen  
Bedingungen sofort zu verkaufen.  
Offert. unter D. O. 908a an das Taubblatt Riesa.

## Als better Sonnenstaus

sowie Schutz geg. Kälte, Zugluft und  
**Unwetter**  
bewähren sich die erstklassigen

## Jalousien

Jalousieklappläden, Holzrollos  
**Rolladen**  
in allen gewünschten Ausführungen  
der besten und am meisten  
Firma am Platze

**Robert Hofmann, Tischlermeister**  
Inhaber Erich Hofmann, Tischlermeister  
Riesa, Goethestraße 63. Telefon 501.  
Desgl. empfehle mich zur Ausföhr. aller Reparaturen

Für die Beweise der Liebe und Teil-  
nahme beim Beimgange unserer guten  
Mutter sagen hierdurch  
**innigen Dank.**

Gröba, Georgplatz 63, 20. 1. 25.  
Familie Carl Liebertwisch.



### Die Regierung Luther gefestigt.

Berlin, 21. Januar.

DD. Schon der Verlauf der arden politischen Debatte im Reichstag zeigt, daß das neue Reichskabinett der Abmilderung über die Vertrauensfrage mit Juvencität entgegensteht kann. Nur die Sozialdemokratie kommt als grundsätzliche Kampfopponentin in Frage, während die Demokraten vorläufig darauf verzichten werden, dem Kabinett den Kampf anzulagern. Das Ausland scheint sich bereits darauf einzustellen, mit der Regierung Luther als gegebene Tatsache zu rechnen, denn aus den Kommentaren der englischen und französischen Presse geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor, daß bei allem Mißtrauen nicht einmal in Frankreich ernsthaft mit der Möglichkeit eines Scheiterns Dr. Luthers gerechnet wird.

Die Erörterungen der parlamentarischen Kreise über das Programm der Regierung dauern an. Allgemein wird erklärt, daß Dr. Luther den ersten Schritt zur Sammlung der Kräfte unternommen hat, und daß es ihm jedenfalls möglich war, die Grundlage der neuen Regierungspolitik zu gestalten, daß auch die außerhalb der Regierung stehenden Parteien gewonnen sind, praktische Mitarbeit zu leisten. In den Zentrumskreisen erkennt man an, daß die Ziele Dr. Luthers unanfechtbar und unbedingt richtig sind. Wenn jetzt immer noch die Zentrumsorganisationen im Reich gegen die Beteiligung des Zentrums an der Regierung protestieren, so besteht demgegenüber doch die Wahrscheinlichkeit, daß die Zentrumsparteien ihre Einstellung gegenüber dem Kabinett Luther nachträglich in positiver Sinne revidiert und die noch bestehenden Bedenken aufhellen lassen.

Was die deutschnationale Partei anbetrifft, so hat sie wie schon aus dem Regierungsprogramm hervorgeht, erhebliche Opfer erbracht, um durch Zurückstellen grundsätzlicher Forderungen die parlamentarische Koalition der neuen Regierung gegenüber der Opposition zu erleichtern. Diese Tatsache beginnt allmählich auf die entscheidenden Gegner einer Rechtskoalition einen nachdrücklichen Eindruck hervorzuwirken. Wenn man von gewissen Schichten der Bolschewisten demokratischer und sozialdemokratischer Blätter abliest, so kann trotzdem keineswegs die Tatsache verborgen bleiben, daß die jetzt einziehende politische Entwicklung für die innerdeutsche Politik eine erhebliche Entspannung der Gegensätze zwischen der Rechten und den linksbürgerlichen Gruppen bringen muß, wenn die deutschnationale Partei daran festhält, den jetzt eingeschlagenen Weg auch weiter zu gehen.

Wie wir hören, wird die politische Aussprache im Reichstag voraussichtlich schon Ende der Woche beendet sein. Dann beginnt die sachliche Arbeit der neuen Regierung, die in erster Linie die großen Probleme der Finanzwirtschaft in Angriff nehmen muß, um einen Finanzierungsplan für die Durchführung der Londoner Vereinbarungen aufzustellen. Die frühere Regierung Marschall hat bereits eine Reihe wichtiger Vorarbeiten getroffen, die es dem Kanzler Dr. Luther erleichtern werden, die erforderlichen Schritte unter Druck und Sach zu bringen. Jedem welche Komplikationen wären erst dann zu erwarten, wenn die Absichten der Regierung auf grundsätzlichen Widerstand stoßen sollten. Solange diese Dinge nicht vorzuliegen sind, ist die Regierung Luther vor irgendwelchen Ueberrassungen geschützt und kann unbedingt als ein absolut stabiles Kabinett mit fester parlamentarischer Grundlage angesehen werden.

### Zur Durchführung des Dawesplanes.

Paris. (Frankfurt). Nach der Chicago Tribune soll der Generalagent für die Reparationsabteilungen Parker Gilbert in dem getrigen Exposé über den Stand der Ausführung des Dawesplanes folgendes erklärt haben: Deutschland habe an die Alliierten seit Inkrafttreten des Dawesplanes seit Oktober 22 Millionen Goldmark überbezahlt. Er stelle fest, daß der neue Reichsanwalt bereit sei, den Dawesplan durchzuführen. Wenn auch der Generalagent nicht auf politische Fragen einging, hat er doch nicht, schreibt Chicago Tribune weiter, zu erwähnen unterlassen, daß die Nichtzahlung der Kölner Zone die Ausführung des Dawesplanes in Wirklichkeit zu scheitern drohe. Besonders wenn die Alliierten nicht ihre Absichten hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Besetzung nach Erhalt des Berichtes der Kontrollkommission kundgeben. Die deutschen Rationalisten hätten aus der Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone Kapital geschlagen, aber man glaube, daß eine freundschaftliche Lösung gefunden werde und daß diese Zone gleichzeitig mit der Räumung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier im April oder Mai geräumt werden wird.

### Die Landtagswahlen in Lippe-Deimold.

Deimold. Am Sonntag haben in Lippe-Deimold die Wahlen zum Landtag stattgefunden. In Deimold selbst wie im Lande wickelten sich die Wahlgeschäfte glatt und reibungslos ab. Der bisherige Landtag bestand aus 21 Abgeordneten, von denen 8 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 4 Volksparteier, 2 Demokraten, 1 Kommunist und 1 Abgeordneter des Deutschen Gewerkschaftsbundes waren. Die Regierung stütze sich bisher auf die Sozialdemokraten, Demokraten und den Gewerkschaftsbund, denen 10 Abgeordnete der Opposition gegenüberstanden. Am Sonntag wurden aus 146 Stimmbezirken folgende Stimmen abgegeben:

Sozialdemokraten	26 300
Deutschnationale	20 000
Deutsche Volkspartei	12 000
Deutsche Demokraten	6 300
Christlicher Gewerkschaftsverein	4 312
Kommunisten	3 000
Wirtschaftliche Vereinigung der Sparer	5 000
Nationalsozialisten	800

Eine vorläufige Verteilung der Stimmen auf die Parteien ergibt folgendes: Sozialdemokraten 8 Sitze, Deutschnationale 6, Volkspartei und Zentrum 3, Demokraten 1, Christlicher Gewerkschaftsverein 1, Wirtschaftliche Vereinigung der Sparer 1, Christlicher Gewerkschaftsverein 1, Kommunisten 1, Nationalsozialisten 1 Sitze. — Die gleichzeitig im ganzen Lande Lippe-Deimold stattgefundenen Gemeindevahlen haben in allen Fällen eine bürgerliche Mehrheit gebracht.

### Politische Tagesübersicht.

In der deutschen Regierungserklärung schreibt Newnort Times, man entnehme daraus mit Gleichzeitigkeit, daß Dr. Luther offen für eine aufrichtige Durchführung des Dawesplanes eintritt, denn wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme, so bilde das einen wichtigen Faktor beim Wiederaufbau der Welt. Die Schweizer Presse zur Regierungserklärung. Die Schweizer Presse, die vor der Kabinettsbildung der Person Luthers mißtrauisch gegenüberstand, zeigt sich durch dessen sachliche, vornehmlich die Notwendigkeit der wirtschaftlichen

## Schulfragen vor dem Sächsischen Landtage.

Hft. Dresden, 20. Januar 1925.

Die Tribünen sind gut besetzt. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich Schulfragen.

### Schulfragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Winkler mit, daß Abg. Frau Schlag aus der kommunistischen Fraktion und auch aus der Partei ausgetreten sei, sie aber ihr Mandat weiter ausüben werde. (Beifall.) Abg. Renner (Kom.) erklärt hierzu, Frau Schlag habe ihr Mandat von der kommunistischen Partei erhalten und sich ehrenwörtlich verpflichtet, bei einem Austritt aus der Partei dieser ihr Mandat zur Verfügung zu stellen. Das Verhalten der Frau Schlag sei ein schauder Wortbruch; sie sei in die Reihen der Arbeiterklasse eingedrungen. (Lachen.)

Zuerst stellt Abg. Voigt (D.Vp.) eine kurze Anfrage an die Regierung über die Vorkommnisse an der Schule zu Paula bei Dresden, wo im Lehrerselegium die Reichswehr, Theodor Körner, das Nationallied verächtlich gemacht worden seien.

Ministerialdirektor Dr. Woelfel antwortet, die Vorgänge seien noch nicht einwandfrei geklärt. Der Befehlshaber des Wehrkreises IV habe wegen Verleumdung der Reichswehr Strafantrag gestellt; die Verhandlung werde demnächst vor dem Landberger Schöffengericht stattfinden. Das Urteil eines Lehrers über Theodor Körner sei nicht nur eine geschichtliche Entstellung, sondern auch beleidigend, die Weibliche Vaterländische Gefinnung zu verletzen. Die Bezeichnung des Deutschlandliedes als „Drecklied“ sei unter allen Umständen zu mißbilligen. Nach dem Abschluß des gerichtlichen Verfahrens werde gegebenenfalls ein Disziplinarverfahren einleiten.

Das Anbahnungsschulgesetz wird zwecks weiterer Erörterungen an den Rechtsausschuß zurückverwiesen. — Die folgenden Punkte werden gemeinsam verhandelt. Ueber den Antrag Art und Gen. betr. den

### Beifall des Religionsunterrichts

in den ersten vier Schuljahren berichtet Abg. Art (Linkssoz.) und mahnt namens des Ausschusses die Ablehnung seines Antrages an. — Abg. Widmann (D.Vp.) begründet die ablehnende Haltung der Ausschussmehrheit. Die von der Regierung getroffenen Bestimmungen würden genügen, die hervorgetretenen Mißstände zu beseitigen.

Auch den weiteren Antrag Art betr. den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen

beantragt die Mehrheit des Ausschusses abzulehnen. Es handelt sich hier um die Aufhebung der Fleischerei-Verordnung, die jede Schulveranlassung an diesen Feiertagen verbietet.

Dieselbe Frage behandelt ein Antrag Siebert (Dn.). Er wünscht, daß die Frage des Schulbesuches an staatlich nicht anerkannten Feiertagen eine grundsätzliche Neuregelung erfahre. Der Antragsteller bemerkt, auch nach der Verordnung von 1924 seien die evangelischen Kinder gegenüber den katholischen benachteiligt. Was man einer Würdigung zuzubilligen, müsse auch der Mehrheit gegeben werden. Zwischen der Verordnung und ihrer praktischen Durchführung beständen vielfach die tragesten Widersprüche. Er beantragt Ueberweisung des Antrages an den Rechtsausschuß.

Abg. Lieberich (Kom.) vertritt einen Antrag seiner Fraktion auf Aufhebung einer Verordnung des Volksbildungsministeriums, die

Unterrichtsstunden für Fortbildungsschüler betr. Redner behauptet, jetzt sei der Fachunterricht in den Fortbildungsschulen weiter nichts, als eine Anstalt für Erziehung geeigneter Anwesenheitsobjekte der Industrie.

Ein Antrag der demokratischen Fraktion, den Abg. Claus begründet, stellt eine Reihe

### Forderungen für eine Schulreform

auf, die sich aus der Not der Lehrerschaft, besonders der Junglehrer, ergeben. Entweder müsse man seine Anträge annehmen, oder den abgehenden und steifen Lehrern Pensionen geben, die die größte Not lindern. Redner geht dann auf die Weihnachtsfeier des Volksbildungsministeriums ein und meint, viele Anregungen und Forderungen derselben gingen viel zu weit. Die Durchführung des 9. und 10. Schuljahres stehe nur auf dem Papier. Der wohlverdienende Sprachunterricht müsse zum Pflichtunterricht gemacht und vom Staate bezahlt werden. Er beantragt Ueberweisung seines Antrages an den Haushaltsausschuß A und den Rechtsausschuß.

Abg. Fel. Dr. Vertwig (D.Vp.) beantragt, bei der geplanten Reform die Klassenstärke für die einzelnen Schulstufen so zu regeln, daß sie die vom 31. Juli 1923 für die Volksschulen festgesetzten Zahlen überschreitet. Die Herabminderung der Klassenstärke, die den Volksschulen in der Denkschrift zugebilligt werde, müsse selbstverständlich auch den höheren Schulen zugestanden werden. Die Antragsteller beantragt Ueberweisung ihres Antrages an den Haushaltsausschuß A und den Rechtsausschuß.

Abg. Granz (Kom.) richtet namens seiner Fraktion eine Anfrage an die Regierung wegen des gegen den Schulleiter Vogel in Limbach eingeleiteten Disziplinarverfahrens, weil er die Polizei beleidigt haben sollte. Inzwischen sei Vogel wieder angestellt worden, aber nicht als Schulleiter, sondern als Lehrer. Der mißliebige kommunistische Schulleiter solle um jeden Preis beseitigt werden, darin seien sich Bürgerliche und die Polizei einig. Das sei kein Wunder, denn die Polizei solle bei den Industriellen und postiere sogar deren Vertrauen. (Heiterkeit.)

Weiter liegen vor zwei Anträgen Art und Genossen betr. die

Gesandung Deutschlands hervorhebende Erklärung im allgemeinen angenehm überrascht.

Starkes Anmachern der Arbeitslosen in Oesterreich. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in der letzten Berichtswache abermals stark erhöht und ist auf 91 000 gestiegen. Da es sich bei den Wiener Ziffern um ungefähr 60 Prozent der Gesamtzahl ganz Oesterreichs handelt, schätzt man an amtlicher Stelle die Arbeitslosigkeit im Gebiete der ganzen Republik auf ungefähr 105 000, das entspricht etwa jener Ziffer, die während der härtesten Arbeitslosigkeit seit Beginn der Sanierungsaktion Ende Februar 1923 verzeichnet wurde.

Alkoholschmuggel an der amerikanischen Küste. Das New Yorker Blatt „Evening World“ berichtet über ein heftiges Feuergefecht zwischen bewaffneten Antennenpanzern und einem Unterseeboot, das schließlich gekapert wurde. Das Unterseeboot hatte versucht, zur Nachtzeit 2000 Kisten Alkohol an die Küste heranzubringen.

Die russisch-japanischen Verhandlungen wurden gestern abgeschlossen und es wurde ein Abkommen unterzeichnet. Der chinesische Minister des Auswärtigen sandte eine Note an die japanische Gesandtschaft und die russische Botschaft, in der es heißt: Die chinesische Regierung erfahre von dem bevorstehenden Abschluß eines russisch-japanischen Abkommens und sie mache Anstand und rufen darauf aufmerksam, daß,

### erweiterte Schulaufsicht und die Wiederbesetzung der 3. St. offenen Bezirksschulämter.

die Abg. Weckel (Soz.) befragt. Es handle sich um Anfragen, die mit der Denkschrift Dr. Kaisers zusammenhängen. Diese Denkschrift beruhe auf ganz mangelhaften Berichten. In der Beurteilung der Volksschule seien die Lehrer der höheren Schulen nicht als Sachleute anzusehen. Die Forderungen der Denkschrift seien ein Lehrer veralteter pädagogischer Ansichten der höheren Schulen. Das schließt, was der Volksschule vorzuziehen werde, sei die mangelhafte Schulaufsicht. Es wäre angebracht gewesen, zu gleicher Zeit auch eine Denkschrift über die Aufsicht an den höheren Schulen herauszugeben. Die höhere Schule sei reformbedürftiger als die Volksschule. Die Verbesserungsvorschläge Dr. Kaisers, wie Einführung verbindlicher Lehrpläne und Lehrmethoden, bedeuteten die Tötung des Schullebens. Das politische Geschehen sei die geforderte Wiedereinführung der Schulaufsicht. Die Bezirksschulämter müßten wieder besetzt werden, und zwar auch von Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten würden die in der Denkschrift geforderten Einrichtungen ablehnen. Jetzt werde der Kampf in der Schule erst entbrennen. Die Sozialdemokraten hätten unter der kaiserlichen Regierung in scharfer Opposition gestanden, daselbst werde auch unter der „kaiserlichen“ Regierung geübt.

Abg. Siebert (Dn.) stellt in einem Antrage eine Reihe Forderungen im Hinblick auf die Ergebnisse der Denkschrift des Volksbildungsministeriums. Die Denkschrift habe ihre Begründung in der Entwicklung der Tatsachen. Die Berichte der Bezirksschulräte seien im Einklang mit den Bezirksschullehrern erstattet worden. Die Demokratie sei also gewahrt. Es sei eine weitgehende Annäherung der Lehrer, wenn sie sich darüber beidermaßen, daß die Denkschrift erst der Presse und dann erst den Lehrern vorgelegt worden sei. Die Lehrerpflicht über eine unerträgliche Monopolherrschaft aus. Er frage das Ministerium, warum das Gebiet des Religionsunterrichts von der Denkschrift nicht gestreift worden sei. Wahrscheinlich sei es für den Minister ein zu heißer Boden. Aus vielen der hervorgehobenen Vorzüge der gegenwärtigen Schule erklärten sich die geschilderten Mängel. Bistüm und Verwirrung machten sich in der Schule breit. Die Besorgnisse um unsere Jugend und Schule in weiten Kreisen unseres Volkes seien durchaus begründet. Unsere Vorschläge decken sich z. T. mit denen der Denkschrift. Weiterer fordern wir einen verbindlichen Lehrplan, verantwortliche, aufsichtsberechtigte Schulleiter, Entlastung der Bezirksschulräte, Hebung der Schulaufsicht mit der Möglichkeit der Anwendung körperlicher Züchtigung als letztes Strafmittel. Das trübste Kapitel der Volksschule sei das des Religionsunterrichts. Bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes müsse der brennendste Religionsunterricht auf allen Stufen der Volksschule sichergestellt werden.

### Volksbildungsminister Dr. Kaiser:

In der Presse ist eine derartige Menge von unrichtigen Tatsachen vorgebracht worden, daß es unmöglich war, ihnen allen in der Presse entgegenzutreten. Die Vorwürfe sind heute wiederholt worden. Sie richten sich hauptsächlich gegen die Denkschrift des Volksbildungsministeriums. Die Veröffentlichung dieser Denkschrift war eine Pflicht der obersten Schulverwaltung. Das Mißtrauen gegen die Volksschule ist da und muß beseitigt werden. Gemäß kann eine Reform nicht ohne die Lehrerschaft durchgeführt werden, aber ohne das Vertrauen des ganzen Volkes und der Elternschaft können die Lehrer auch keine segensreiche Arbeit leisten. Es dürfen die Anforderungen der Zeit nicht verkannt werden. Unsere Zeit verlangt von der Volksschule die Vermittlung eines gewissen Könnens an die Kinder, auch die der Arbeiter. Die Denkschrift enthält die Berichte von Fachmännern. Von einem Anschlag auf die Volksschule kann doch keine Rede sein.

Der Minister beschäftigt sich sodann mit der offiziellen Verlautbarung des Sächsischen Lehrervereins und der Kritik der Lehrerschaft. Darin werde die Denkschrift nicht als eine praktische Arbeit, sondern als eine parteipolitische Tat hingestellt. Derselbe Herr Weckel, der seinerzeit zum Schutze der Republik gefordert habe, daß ein Beamter sich in seiner Kritik der vorgelegten Beschlüsse nähigen müsse, fordere heute die Lehrer zum rachsüchtigen Kampfe gegen das Volksbildungsministerium auf. Die Veröffentlichung der Denkschrift mit der Presse habe ich für das richtige gehalten. Wenn ein Teil der Tageszeitungen nicht vertreten war, so war es wahrscheinlich ihre eigene Schuld. Die Behauptung, daß die Berichte der Denkschrift nur von den Vertretern der höheren Schulen verfaßt worden seien, ist falsch. Die Ursachen des Rückganges unserer Schulbetriebe zu suchen.

Ministerialdirektor Böcker erläutert die letzte ministerielle Verordnung über den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen.

Präsident Winkler schlägt vor, die nötigen Bestimmungen noch heute vorzunehmen und die weitere Aussprache zu vertagen.

Die Anträge Art und Genossen betr. Wegfall des Religionsunterrichts in den ersten vier Schuljahren und betr. des Verbots des Schulbesuchs an staatlich nicht anerkannten Feiertagen werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten abgelehnt.

Die Weiterberatung über die Schulfrage wird an einem späteren Tage stattfinden. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 22. Januar, nachmittags 1 Uhr.

wenn das Abkommen chinesische Interessen berühre, es nicht anerkannt werden würde, bevor es nicht die Billigung der chinesischen Regierung gefunden habe.

Englische Flottenverfälschung. Daily Express zufolge hat die britische Admiralität ein erweitertes Schiffsbauprogramm entworfen, das von der Regierung geprüft wird. Neu gebaut werden sollen 4 Kreuzer, 3 U-Boote und eine Reihe von Hilfsfahrzeugen.

Vorwärtender Empfang der diplomatischen Vertreter. Reichsanwalt Dr. Luther wird, wie wir hören, im Laufe der nächsten Woche die Botschafter und Gesandten der Hauptmächte empfangen, um sich ihnen als neuer Kanzler des Reiches vorzustellen und sie namens der neuen Regierung zu begrüßen. Es ist möglich, daß bei dieser Gelegenheit ein unverbindlicher Meinungsaustausch zwischen dem Reichsanwalt und dem englischen und französischen Diplomaten stattfinden wird.

Nach England gegen den französischen Minimaltarif. Das neue französische Zollgesetz, das erhebliche Erhöhungen der gegenwärtigen französischen Mindestverträge bei gewissen Gütern vorsieht, hat in britischen Industriellenkreisen lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Man hatte ursprünglich angenommen, daß sich das Gesetz gegen gewisse deutsche Industrien richte und als politisches Druckmittel für die deutsch-französischen Handelsverhandlungen



geschlossen sei. Nunmehr ist man jedoch der Meinung, daß wenn das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form in Kraft tritt, es in hohem Grade auch gewisse britische Handelskreise treffen würde. Man erwägt deshalb die Möglichkeit eines neuen Handelsvertrages mit Frankreich. Der britische Exporthandel in London, so erklärt man, sei gegenwärtig weit weniger befriedigend, als der französische Exporthandel nach England.

**Neue Ausweisungen Deutscher aus Polen.** Die das polenische Tageblatt meldet, sieht wiederum eine Ausweisung deutscher Staatsangehöriger aus dem an Polen nach dem Versailler Vertrag abgetretenen Gebiet bevor. Es handelt sich um 20.000 Personen, die für Deutschland optiert haben. Den Grundbesitzern soll eine einjährige Räumungsfrist ausgedehnt werden.

**Deutschnationaler Mißtrauensantrag im preussischen Landtag.** Zur politischen Aussprache im preussischen Landtag ist folgender deutschnationaler Mißtrauensantrag eingegangen: Der Landtag wolle beschließen: Der Ministerpräsident und Minister der Finanzen und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Brauns, der Minister des Innern Seegering und der Minister für Handel und Gewerbe, Steining, besitzen nicht das Vertrauen des preussischen Landtags.

**Die Veröffentlichung des Berichts der Militärkontrollkommission.** Die Frage der ungekürzten Veröffentlichung des Berichts der Entwaffnungskommission ist noch immer nicht endgültig entschieden, obwohl die französische Auffassung, die nur eine ausgedehnte Veröffentlichung wünscht, an Boden gewonnen hat. Eine Zwischennote ist nach Meinung maßgebender Kreise unerwünscht, weil dadurch ein endloser Meinungsaustrausch zwischen der deutschen und den alliierten Regierungen entstehen würde.

**Prüfungen in einer Passivistenversammlung.** Nach einer Meldung des Sozialanwalts kam es in einer Passivistenversammlung in Mannheim, während einer Rede von Verlaß zu schweren Tumulten, die in Schlägereien ausarteten.

**Das luxemburgische Kabinett zurückgetreten.** Wie verlautet, ist das luxemburgische Kabinett zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf die Ablehnung der belgisch-luxemburgischen Eisenbahnkonvention zurückzuführen.

**Wahlberechtigung für die Gemeindevahlen in Frankreich.** Im ganzen Lande werden die Gemeindevahlen mit großem Eifer vorbereitet, da sie auf die Zusammensetzung des in 2 Jahren neu zu wählenden Senats entscheidend sein werden. Die kommunistische Partei entfaltet eine rege Propaganda. In einer schwierigen Lage befinden sich die Sozialisten. Die Staatsanwaltschaften und öffentlichen Beamten glauben, daß ein reaktionärer Senat das Gesetz über die Wahlberechtigung auf Fall bringen würde und sammeln für einen radikalen Wahlkampf, wogegen die Rechtsparteien energisch protestieren, weil die Parteien in der Wahl eine unrechtmäßige Beeinflussung der Wahl sehen. Herrrot läßt sich dieser Auffassung an.

**Der Nachfolger Trotski gefunden?** Wie aus Moskau gemeldet wird, soll anstelle Trotski sein bisheriger Mitarbeiter Kreuzer zum Volkskommissar des Krieges ernannt werden.

## Das Ende des Varmat-Konzerns.

**Eine Treuhändergesellschaft für die Gläubiger.**

Berlin. In der Varmat-Affäre fand im Neuen Berliner Kriminalgericht eine Konferenz der Gläubiger statt. Vertreter waren das Reichsjustizministerium, die anderen Gläubiger, sowie die drei verhafteten Gebr. Varmat und der Untersuchungsrichter. In einem notariellen Vertrage erklärten sich die Varmats bereit, ihr gesamtes im In- und Ausland befindliches Vermögen der zu gründenden Treuhändergesellschaft zu übergeben. Es soll eine gleichmäßige Befriedigung sämtlicher Gläubiger ver sucht werden, und zu diesem Zweck ist beabsichtigt, gewisse unrentable Betriebe des Varmat-Konzerns abzulösen, andere dagegen neu zu organisieren und unbedingt weiterzuführen. An die Spitze des Verwaltungsrates der Treuhändergesellschaft wird Rechtsanwalt Dr. Koblentz, der Rechtsbeistand des Reichsjustizministeriums treten.

## Eine Bräutereiung des Landtagsausschusses zur Untersuchung der Beamtenpolitik Zeigners.

Dresden. Eine ungläubliche Szene spielte sich am Montag vor dem Ausschuss des Landtags zur Untersuchung der Beamtenpolitik des Kabinetts Zeigner ab. Zur Beratung stand der Fall des Annaberger Amtshauptmanns Dr. Walter, der von Zeigner-Viehmann auf Grund des Paragraphen 13 des Beamtenpflichtgesetzes kurzerhand in den einseitigen Ruhestand versetzt worden war. Nach der Vernehmung des früheren Ministerpräsidenten Vud, die zugunsten Walters ausfiel, sollte der ehemalige Minister des Innern Viehmann über die Gründe, die zur Absetzung Walters geführt haben, vernommen werden. Viehmann erklärte lächelnd, er lehne die Beantwortung ab. Sie hätten mich, so sagte er, holen können, als ich Minister war, aber mich nachträglich zur Verantwortung ziehen zu lassen, wo ich nicht mehr verantwortlich bin, lehne ich ab. Ich kann nur erklären, daß der Abbau Walters auf Grund von Paragraph 13 des Beamtenpflichtgesetzes erfolgt ist. — Der Ausschuss ließ sich diese unerhörte Behandlung leider gefallen, nur Abg. Gumbel (D.M.) erhob Einspruch und wies darauf hin, daß der Ausschuss vom Landtag zur Untersuchung jener Beamtenpolitik eingesetzt sei und daß man ihm Rede und Antwort zu geben habe. Bedauerlicherweise erklärte der Ausschuss-Vorsitzende, er habe keine Mittel an der Hand, um den Zeugen Viehmann zur Aussage zu zwingen. Viehmann lächelte und zog vergnügt ab.

Das nennt man parlamentarische Minister! Das Verhalten Viehmanns ist einfach ein Hohn auf den Parlamentarismus und auf den Willen des Landtags, Klarheit über die Politik der Herren Zeigner und Viehmann zu gewinnen. Aus grundsätzlichen Erwägungen hätte der Ausschuss Viehmann nicht einfach wieder gehen lassen sollen. Wie nun, wenn demnächst Erzminister Schwarz sich auf den gleichen Standpunkt stellt und erklärt, ich gebe keine Auskunft über meine Handlungen als früherer Wirtschaftsminister. Ihr könnt mich jetzt nicht mehr zur Verantwortung ziehen! Man kann nur betrogen hoffen, daß die Vollversammlung des Landtags sich baldigst mit dieser wichtigen grundsätzlichen Seite der Angelegenheit befassen wird!

Im übrigen wurde in der Sitzung namentlich das Verhalten des früheren Ministerialdirektors Dr. Lampe scharf kritisiert, der gegen Walter eine Strafanzeige beim Staatsanwalt losließ, obwohl Walter gemäß einem Befehle seines vorgehenden Ministerpräsidenten gehandelt hatte, wovon sich Lampe leicht hätte überzeugen können, und wovon er möglicherweise gewußt hat. Walters Nachfolger, der sozialistische Amtshauptmann Schulze, verurteilte Walter anguswärzen, mußte sich aber nachweisen und vorhalten lassen, daß er selbst unter Umgehung des ordentlichen Dienstweges eine Denunziation gegen seinen Vorgesetzten an das Ministerium weitergeleitet hatte.

## Das bayerische Konkordat.

Der bayerische Landtag hat in der vergangenen Woche das Konkordat zum Konkordat und zu den Staatsverträgen mit den evangelischen Kirchen mit 78 gegen 52 Stimmen unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge der Oppositionsparteien, die sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, dem bayerischen Volk und 3 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei der Wala zusammensetzten, angenommen.

Konkordat und Staatsverträge regeln vertraglich die Pflichten und Rechte von Staat und Kirche in ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander. Das Staatsinteresse sowohl wie die Belange der einzelnen Kirchen verlangen gebieterisch, daß beiden Seiten Recht und Gerechtigkeit widerfährt. Das Verhältnis von Staat und Kirche ist gerade in unserer Zeit ausschlaggebend für die Entwicklung des Volkslebens, nicht zuletzt aber auch für den nationalen Aufstieg des am Boden liegenden deutschen Volkes.

Die bayerische Regierung ist bei der Vertragsregelung mit der katholischen Kirche ausgegangen von den geistlichen und rechtlichen Grundlagen des Konkordats von 1817, das einerseits auf den durch die Säkularisation und den Reichsdeputationshauptschluss geschaffenen Verhältnissen fußt. Bis zum Abstimmungstage waren die Bestimmungen des alten Konkordats in Kraft. Da seit dem Abschluss dieses Konkordats mehrfach die geistlichen Strömungen gewechselt haben und auch die politischen Grundlagen des alten Reichs zerstört worden waren, kann man das Bestreben Bayerns nach einer Neuregelung nur billigen, zumal um der Erhaltung des Burgfriedens willen. Konkordat und Staatsverträge sollen ein Friedensschluß sein zwischen der Kirche und dem Staat nach einem Kampf, der lange und hartnäckig noch in der neuesten Zeit geführt wurde, und der nicht immer dazu angetan war, zum Besten des Staates und zum Wohle der Kirche zu sein.

Der Abschluss des Konkordats mit dem Vatikan war deshalb besonders notwendig, weil infolge der Staatsumwälzung des Jahres 1918 einzelne Bestimmungen des alten Konkordats nicht mehr erfüllt werden konnten. Der alte Staat war dem neuen gewichen, und es war notwendig, daß die Rinde, die die politische Entwicklung gerissen hatte, wieder ausgefüllt werde. Der neue Staat als Rechtsnachfolger des alten bestand auf seinen Rechten und Pflichten gegenüber der Kirche, indem er in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse in Verbindung mit der römischen Kurie trat. Diese einseitigen Versuche, zu einem neuen Konkordat zu gelangen, gehen auf das Jahr 1920 zurück, wo in Bayern noch der Sozialdemokrat Hoffmann-Kaiserslautern Ministerpräsident war. Der bayerische Landtag hatte damals auch beschlossen, daß die Regierung die einseitigen Schritte in Rom unternehme. Was die katholische Kirche angeht, so lag hier also ein bindender Beschluß der Volksvertretung vor, der die Regierung eindeutig ersuchte, ein Konkordat baldmöglichst zum Abschluss zu bringen.

Neben der Regelung des Verhältnisses zur katholischen Kirche war aber auch die vertragmäßige Regelung der Verhältnisse des Staates zu den einzelnen evangelischen Kirchen eine gebieterische Notwendigkeit. Selbstverständlich ist den evangelischen Konfessionen der gleiche Schutz zugestanden worden, der in dem Konkordat der katholischen Kirche ausgeschrieben wird. Es ist dabei von sekundärer Bedeutung, daß der rechtliche Charakter der beiden Verträge verschieden ist. Das Konkordat mit der römischen Kurie ist ein Staatsvertrag des bayerischen Staates mit dem Papst in Rom als dem obersten Träger der Gewalt innerhalb der katholischen Kirche. Der bayerische Staat schloß einen Vertrag mit einem Souverän, der allerdings hier nicht als fremder Souverän, sondern als Vertreter der Interessen der katholischen Kirche in Bayern auftritt. Demgegenüber haben die Verträge mit den protestantischen Kirchen den Charakter von reinen Verwaltungsverträgen, da die evangelischen Kirchen nur rein als öffentlich-rechtliche Körperschaften auftreten. Die Verträge mit ihnen beruhen aber ebenso auf Treu und Glauben, wie der mit der katholischen Kirche.

Der Abschluss der Verträge ist kein Kampf, sondern die Herbeiführung eines Friedenszustandes. Es soll kein Übergewicht der Kirche gegen den Staat geschaffen werden, kein Übergewicht einer Religion gegenüber der anderen.

Staat und Kirche gehören ausschließlich dem Dienst am Volke. Ihre Arbeit steht Hand in Hand. Die Annahme des Konkordats hat bewiesen, daß die Mehrheit des bayerischen Volkes gewillt ist, den Frieden zwischen Staat und Kirche einerseits und zwischen den einzelnen Konfessionen andererseits zu sichern. Jeder Teil wird nun für sich dazu beizutragen haben, daß er mit allen Mitteln beizutragen wird, den konfessionellen Frieden zu wahren, der überhaupt die Voraussetzung für die Befriedigung unserer inneren Verhältnisse sein wird.

## Verhaftung Hauptmann v. Seydebreck.

Berlin. Der frühere Reichstagsabgeordnete Hauptmann a. D. v. Seydebreck ist gestern vormittag in seiner Berliner Wohnung verhaftet worden. Hauptmann v. Seydebreck wurde von der Staatsanwaltschaft in Weiden (Oberpfalz) auf Veranlassung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik gesucht wegen Beteiligung an einer Anzahl des Stillevertrages im November 1923 in Oberschlesien entstandenen Unruhe. v. Seydebreck hat im Felde 1918 einen Arm verloren, ist aber trotzdem schon 1918 wieder an die Front gegangen und hat sich nach dem Kriege an den Kämpfen in Oberschlesien besonders rühmlich hervorgetan. Jetzt ist er körperlich und mit seinem Nerven so zusammengebrochen, daß er eine Haft kaum überleben wird.

## 2 neue Hochverratsprozesse.

Leipzig. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik begann gestern ein Hochverratsprozess gegen den Mannen Fohalek aus Bangen-Seibau, der Organisationsleiter und nach der Anklage auch militärischer Leiter der SPD. in Bangen war. Er hat im Herbst 1923 Waffenbeschaffung in der Winterlichen Waffenfabrik veranlaßt. Die gestohlenen Waffen — es handelt sich in der Hauptsache um unbrauchbares zum Verschrotten bestimmtes Material — wurde bei dem Arbeiter Urban in Steibitz untergebracht. Der Waffenbeschaffung ist bereits durch das Schöffengericht abgeurteilt worden. Fohalek wird aber außerdem beschuldigt, zur Bildung von Terrorgruppen aufgefordert zu haben, die namentlich Epitell und Volksgeliebte, sowie Vertreter beizutreiben sollten. Ferner soll er die Arbeiter zu nächtlichen Übungen aufgefordert und die Aktion der Bangener Arbeiter in Bischofsberda vorbereitet haben. Die Verhandlungen dürften zwei Tage in Anspruch nehmen.

Leipzig. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichtes begann gestern die auf drei Tage berechnete Verhandlung

gegen 15 Kommunisten aus dem Siegerland wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Zugehörigkeit zu einer staatsfeindlichen Verbindung, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Einbruchdiebstahl und unbefugtes Waffensitzen. Angeklagt sind Otto Jüngst aus Bahlbach und der Schlosser Ernst Schramm aus Niederhelfden. Schramm war Vorsitzender des Arbeitsgebietes Siegen. Der eigentliche Leiter war jedoch Jüngst. Namentlich von Jüngst wurde in Versammlungen zum gewalttätigen Sturz der Regierung, zur Bildung von Dunderschaften, zur Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen, sowie zur Verhinderung von Handarbeiten aufgefordert. Von den anderen Angeklagten waren der Hüttenarbeiter Alfred Becker, Otto Kopffleisch und der Bauer Ernst Seiler von der Jugendgruppe Niederhelfden hervorragend tätig, die von ihren Arbeitsstätten Sprengpatronen und Dynamit entwendeten. Aus der Grube Vöhrhorn wurden von ihnen 5 Kilo Gramm und 25 Sprengkapseln, acht Tage später 10 Dynamitpatronen und 75 Kapseln gestohlen. Im November wurden von den Angeklagten Oswald Peukel 25 Dynamitpatronen und 25 Sprengkapseln entwendet. Becker stahl am 20. 10. durch Einbruch in den Lagerkeller der Firma Steinleifer in Eiserfeld einen 2 1/2 Kilo Gramm schweren Dynamitkumpen, der zur Verfertigung von Handarmanaten benutzt wurde. Außerdem suchte man Waffen aufzukaufen und aufrührerische Flugblätter zu verteilen.

## Der kaltgestellte Trotski.

In der Geschichte sieht sich immer wieder das paarweise Auftreten bedeutender Persönlichkeiten. Man hat sich gewöhnt, die Namen Wlischer und Guelmann, Bismarck und Nolte, Dindenhorn und Lubendorf in einem Atem und mit gleicher Stimmungsbeziehung zu nennen. Für den bolschewistischen Geschichtsschreiber Stuklands hat das War Lenin und Trotski eine ähnliche Bedeutung im Zusammenhang der Ereignisse gefunden. Lenin ist tot, Trotski, der Überlebende, ist nun kaltgestellt worden. Während Lenin mehr der folgerichtige und seine Einwände kennende Theoretiker gewesen ist, war Trotski für die russische Revolution der mehr praktisch denkende propagandistische Kopf, der die Gedanken seines Mitkämpfers in die Wirklichkeit umsetzte und ergab. Trotski hat in der letzten Zeit einen erbitterten Kampf gegen die Mechanisierung der bolschewistischen Politik und der Regierungsmethoden geführt. Nun hat man ihn, nach kommunistischen Begriffen, durchaus folgerichtig, der Disziplinlosigkeit beschuldigt und hat ihn, den Schöpfer der Roten Armee, seines Postens an der Spitze dieser Armee entbunden. Ob der Verbannte sich endgültig ausschließen läßt, dürfte sehr wesentlich von der Stellungnahme eben dieser Armee abhängen.

## Das Ergebnis des Kommunistenkongresses in Paris.

Paris. Der Kommunistenkongress ist gestern zu Ende gegangen. In der Nachmittagsitzung wandte sich Trotski hauptsächlich gegen den Trotski und betonte, daß die französische Bauernschaft in die Bewegung einbezogen werden müsse. Auch der Moskauer Delegierte sprach sich gegen den Trotskismus aus, hob aber gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, weitere Ausschließungen einzustellen. Er erklärte, daß Frankreich mit großen Schritten dem Trotskismus entgegengehe. Was die Propaganda anbelangt, so müsse sie vornehmlich in der Provinz betrieben werden und nicht auf Paris und Umgebung beschränkt bleiben. Die aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Mitglieder haben eine neue Partei unter der Bezeichnung „Union Sozialist-Kommunist“ gebildet, die zurzeit 120 Mitglieder zählt und sich an den Gemeindevahlen zu beteiligen gedenkt. Die Regierungsblätter beschäftigten sich weiter mit der Aufnahme der französisch-russischen Beziehungen und erklärten, die Neben Einwirkungen und Rhythos dürften nicht überschätzt werden, da man bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland wüßte, daß Russland kommunistisch sei. Man müsse sich mit den Tatsachen rechnen. De Monaj sagt, die Auffassung Moskaus hinsichtlich der russischen Anleihen sei nicht neu. Dabei seien die bestehenden Pläne Frankreichs nicht am Platze. In diesem Sinne äußerte sich auch der Paris soir.

## Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse war der Effektenmarkt durch die gestrige Regierungserklärung so gut wie gar nicht beeinflusst. Zunächst fanden umfangreiche Realisationen auch auf dem Rentenmarkt statt, jedoch fand alles angebotene Material zunächst schlanke Aufnahme, da aus dem In- und Ausland und auch vom Ausland namentlich für Montanaktien ziemlich umfangreiche Bestellungen vorlagen. Am Montanmarkt wurden die reinen Kohlenwerte bevorzugt, sodas A. B. Köln-Neuesen anfangs über zwei Prozent gewann. Doch erzielte steigende Kurse, während Barpener und Westfälischen heute vernachlässigt blieben. Vernerfenswert war, daß schlesische Werte stärker in den Vordergrund rückten. So gewann A. B. Hohenlohe 7/8 Prozent. Von den übrigen Märkten ist nichts Besonderes zu berichten. Im weiteren Verlauf der Börse machte sich eine lustlose Stimmung bemerkbar, sodas die anfangs hier und da erzielten Gewinne wieder verloren gingen. Am Rentenmarkt schloß Kriegsanleihe mit 0,935 3/4 Prozentige Konsole mit 1.4. Vom Geldmarkt und vom Devisenmarkt sind keine Veränderungen zu berichten. — An der Produktendörse wurden die Preise für Brotgetreide und Mehl nicht nur beibehalten, sondern erfordern auch eine, wenn auch nicht erhebliche Steigerung. Das Geschäft in Getreide war schwach, da die Brauereien zunächst eingebeckt sind. Hafer wurde noch in guten Qualitäten gefragt.

Linke-Sofmann-Rauchhammer N. G. / Oberschlesische Eisenindustrie N. G. Die Aufsichtsräte beider durch Interessengemeinschaft verbundenen Gesellschaften haben in den gestrigen Sitzungen beschlossen, den Generalversammlungen die Umstellung der Kapitalien im Verhältnis von 1000:120 vorzuschlagen. Bei der Linke-Sofmann-Rauchhammer Aktiengesellschaft werden nom. 150.000.000 Schußaktien eingezogen. — Die Linke-Sofmann-Rauchhammer N. G. wird dann ein Gesamtkapital von nom. 60.000.000 Reichsmark bei 12.000.000 Mk. offener Reserve, die Oberschlesische Eisen-Industrie N. G. ein Kapital von 21.000.000 Reichsmark bei 4,2 Millionen offener Reserve ausweisen.





# Deutschland und die Pariser Finanzkonferenz.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Der Abbruch der Pariser Konferenz der Finanzminister ist zweifellos ein Ergebnis, dem größte Bedeutung zukommt, denn diese Finanzministerkonferenz ist ja bekanntlich nach den Londoner Verhandlungen vorgefallen, und es ist damals zum Ausdruck gebracht worden, daß auf dieser Finanzministerkonferenz der Versuch gemacht werden sollte, die interalliierte Schuldfrage zu regeln. In dieser Hinsicht ist es freilich nicht gelungen, und es wird daher von der französischen Oppositionspresse dem französischen Ministerpräsidenten vorgehalten, daß er das Hauptziel seiner Pläne nicht verwirklicht habe. Diese Zielsetzung ist aber der französischen Oppositionspresse durch die tatsächliche Lage keineswegs vorgehalten, und es darf nicht vergessen werden, daß tatsächlich das jetzt abgeschlossene Finanzabkommen einen großen Schritt vorwärts bedeutet. In jedem Falle sind wichtige Vorarbeiten erledigt worden, die die Erledigung der Probleme, die mit der interalliierten Schuldfrage zusammenhängen, nicht erschweren, sondern erleichtern haben. Auch die jetzt zur Behandlung gekommenen Probleme waren zum Teil sehr schwieriger Natur. Es braucht ja nur auf die frühere Finanzministerkonferenz verwiesen werden, die damit endete, daß jeder Finanzminister zum Schluß nur seinen eigenen Standpunkt festlegen konnte. Im Gegensatz zu dieser Haltung ist jetzt doch ein weitgehendes Übereinkommen erzielt worden. Es ist nur zu hoffen, daß sich die jetzige Regelung auch politisch auswirken wird.

Eine Regelung muß ein gewisses Vertrauen erregen, und das ist die Tatsache, daß England nunmehr von der Ausbeute der Ruhr befreit sein Anteil beansprucht hat und ihn auch erhält, und zwar soll dieser Anteil der Ruhrbelegschaft, der England zugesprochen ist, für die Zwecke der militärischen Besetzung Verwendung finden. Es ist mehrfach angemerkt worden, daß dadurch ein Wechsel des englischen Standpunktes in der Frage der Ruhrbesetzung stattgefunden habe. Das ist jedoch nicht der Fall und kann nicht der Fall sein. Es muß in diesem Zusammenhang verwiesen werden auf die britische Note an Frankreich, die Curzon am 11. August 1923 dem französischen Ministerpräsidenten Comandé adressierte. In dieser Note ist der englische Standpunkt klar zum Ausdruck gekommen. Unter Punkt 22 heißt es in dieser Note: „Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien haben Seine Majestät Regierung davon unterrichtet, daß die Einwendungen der deutschen Regierung wohl begründet sind, und Seine Majestät Regierung hat niemals ihre Ansicht veräußert, daß die französisch-belgische Aktion der Ruhrbesetzung, ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit, keine durch den Vertrag selbst gerechtfertigte Sanktion war.“

Eine zweite Klarlegung dieses Standpunktes ist dann erfolgt in dem bekannten Brief, den am Ende der Londoner Konferenz MacDonald an den französischen Ministerpräsidenten Herriot richtete. In diesem Brief vom 10. August 1924 heißt es: „Die Britische Regierung hat die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung oder die Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, auf die Ihre Minister ihr Vorgehen (hinsichtlich der Ruhrbesetzung) gestützt haben, niemals anerkannt.“

Auch wenn im Augenblick eine andere Regierung am Ruder ist, so kann damit die Reichsfrage sich doch keineswegs geändert haben, denn es handelt sich, was hier noch einmal betont werden muß, um eine Rechtsfrage und nicht um eine politische Frage. Wenn England jetzt seinen Anteil an der Ruhr besetzt, so ist das in Anspruch nimmt, so ist das ein typisch englischer Standpunkt. An der Reichsfrage und am Rechtsstandpunkt der englischen Regierung kann das indessen nichts ändern.

Als wichtigstes Ergebnis muß aber festgehalten werden, daß die Vereinigten Staaten dadurch, daß sie an den Erträgen des Dawes-Abkommens direkt interessiert sind, eine andere Stellung als bisher einnehmen werden. Die Vereinigten Staaten sind nunmehr am Dawes-Abkommen direkt beteiligt. Wenn freilich auf französischer Seite geglaubt wird, daß man in den Vereinigten Staaten sich jetzt bereit finden würde, einen verhängnisvollen Druck auf Deutschland auszuüben, so wird das wohl ein falscher Schluß sein. Durch die direkte Beteiligung Amerikas am Dawes-Abkommen sind die Vereinigten Staaten an der deutschen Entwicklung stark interessiert und daran, daß diese Entwicklung so verhalten geht, daß Deutschland in die Lage gesetzt ist, die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, ist auch das Ergebnis der Finanzministerkonferenz für Deutschland von einer Bedeutung, die nicht unterschätzt werden soll.

## Kunst und Wissenschaft.

Die Auffindung von Hermann Löns Geburtsort. Hermann Löns ist in Rulm geboren worden, in der ostdeutschen Grenzmark, und sein Geburtsort interessiert seine Verehrer, wenn er auch freilich bereits als einjähriger Knabe nach Deutch-Krone kam. Man wußte aber bisher nicht, an welcher Stelle Löns geboren ist, und erst jetzt hat Dr. Erhard Kraemer sein Geburtsort ausfindig gemacht, worüber er in den „Ostdeutschen Monatsheften“ berichtet. Die Eintragung im Tauf- und Geburtsregister, aus der sich übrigens ergibt, daß Löns am 29. August 1866 und nicht am 28. August geboren wurde, enthält nicht die Straße, in der sein Vater, der Gymnasialprofessor, wohnte. Aber nach mündlicher Überlieferung, die dann durch amtliche Zeugnisse bestätigt wurde, liegt das Geburtsort Heilige-Geist-Straße 2. „Still“ — ernt schaut der Turm der nahen Pfarrkirche auf dieses Haus, das ein Stockwerk mit vier Fenstern und einen geräumigen, ausgedehnten Dachstuhl hat.“ berichtet der Auffinder dieser Dichtergeburtstätte. „Die Leute aus den Nachbarnhäusern schauen auf uns und wundern sich, Löns Geburtsort endlich gefunden: Doch nicht umrandet von Grünem, nicht am Wasser oder im Walde liegend, nein, einfach und bescheiden und nur auf-fallend, weil es das einzige grüneländliche Haus der Straßenfront ist. Die Treppe in der Mitte des Hauses ist noch so ausgetreten, wie sie es früher war. Man ist beinahe über alles enttäuscht — liegt doch sogar um-eit das Gericht und Gefängnis — und doch, nun wissen wir es, hier ward er geboren, von hier trug man den Knäuling in die einige Hundert Schritte entfernte Pfarrkirche, von hier ging die Mutter durch den Klosterhof in den Klostergarten, der einen so überwältigenden Blick gewährt, durch den majestätisch langsam die Wechselliegt.“

Die deutsche Buchausstellung in Barcelona, die vom Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig veranstaltet wird und über 6000 Bücher umfaßt, wurde gestern im historischen Palacio de la Generalidad nach Ansprachen des Vorsitzenden des Börsenvereins Koeder, des deutschen Generalkonsuls von Dassel, des Präsidenten der Mancomunidad Sala und anderer durch den Gouverneur von Barcelona, General Vilans del Voch, im Beisein sämtlicher Spitzen der Behörden, des österreichischen Konsuls und zahlreicher Vertreter des Geisteslebens, sowie der deutschen Kolonie eröffnet. Bei einem Rundgang durch die Ausstellung in den prachtvollen Sälen des Palastes fand der Reichstag der Ausstellung und die Qualität der Bücher allgemeine Bewunderung. Daran anschließend gaben die Vertreter des Börsenvereins ein Frühstück, bei dem der deutsche Generalkonsul ein Hoch auf den König von Spanien, der Generalkonsul von Catalonien Barrera ein Hoch auf Deutschland ausbrachte. Die gesamte Presse widmet der Ausstellung einwöchentliche Besprechungen.

# Die heutige Reichstagsitzung.

## Fortsetzung der politischen Aussprache.

(Dankspruchmeldung.)

Berlin, 21. Januar, nachm. 3 Uhr.

Hr. Dr. Koch-Meser (Dem.) betont, daß ganze deutsche Volk sei einig in der Beurteilung der rechts- und ver-tragswidrigen Weiterbefugung der Röhre. Wenn wirklich Verfehlungen von untergeordneten Organen vor-gekommen sind, so bieten sie doch für die Nichträumung nicht einen Grund, sondern nur einen Vorwand. (Beifällige Zu-stimmung.) Wir werden mit aller Kraft darauf dringen, daß auch solche Vorwände aus der Welt geschafft werden. Weder die Soldatenplakate noch die Superfluität untergeordneter Organe darf solche Vorwände schaffen. (Beif. Zustimmung links.) Wenn jetzt eine Reichsregierung kommt, so ist das die Folge der 5 Jahre Bedrückung und Mißhan-dlung Deutschlands durch die Entente, die dazu geführt ha-ben, daß schließlich auch das Zentrum matt geworden ist.

Jede Regierung wird die Außenpolitik fortsetzen müs-sen, die wir 5 Jahre lang gemacht haben, das bemerkt auch die Regierungserklärung, deren außenpolitischer Teil wir im großen und ganzen zustimmen können. Die Deutsch-nationalen im Kabinett werden die Außenpolitik auch nicht ändern können. Sie verlassen uns aber das Mißtrauen des Auslandes. Dieses Mißtrauen ist unberechtigt, denn tatsächlich haben sich die Deutschenationalen nur das Hoffen-gehangt, was darunter heißt, brauche ich nicht zu sa-gen. (Heiterkeit.) Wir wünschen unserer neuen Regie-rung nicht Aggressivität und Aktivität, sondern Passivität und Zurückhaltung. Wir werden der Regierung in der Außenpolitik nicht von vornherein Opposition machen.

Die Versprechungen und Erklärungen, welche die Deutschnationalen fünf Jahre hindurch abgegeben haben, vertragen sich nicht mit der Regierungserklärung. Entweder sie werden ihre Wähler verraten oder den Reichstags-ler oder abwechselnd alle beide. (Beif. Zustimmung links.) Außerdem gründet sich unsere ablehnende Stellung zu der neuen Regierung auf die Art, wie sie zustande kam, durch den unnötigen Sturz einer Regierung, der wir unser volles Vertrauen schenken. In der Regierungserklärung wird von Wahrung der Staatsautorität gesprochen, dazu gehört vor allem, daß dem Staatsoberhaupt, dem Reichspräsidenten, die schuldige Achtung und Ehrfurcht bewiesen wird.

Wir erfordern den Reichstagsler, er möge den Reichs-tagenminister anzuweisen, darauf Bedacht zu nehmen daß der Reichspräsident dem Reichstags dem Herrn Reichspräsidenten die ihm zukommende Ehre erweist. (Beifall links.) Weiter möge der Reichstagsminister verhindern, daß das Magdeburger Urteil, das wir tief und schmerzhaft bedauern, ausgenutzt wird zu einer Depe gegen den Reichspräsidenten. (Maurer rechts.)

Hr. Westphal hat in dieser Regierung den ersten Schritt zu einer Rechtsentwicklung erblickt, wir fragen den Reichstagsler, mißbilligen Sie jede Agitation gegen die Republik und wenden Sie sich gegen die, die Ihr Kabinett als Instrument gegen die Republik benutzen wollen? (Der Reichstagsler nickt.) Wir werden die An-antwort der Regierung auf meine Frage abwarten. Auf keinen Fall denken wir daran, hier Neutralität zuzu-sagen, wenn uns die Antwort befriedigt.

Wir wollen zunächst freies Spiel lassen, ehe wir uns auf Grund ihrer Taten endgültig entscheiden. Die historische Aufgabe dieser Regierung ist es, dem deut-schen Volke zu beweisen, daß keine Partei in Deutschland in der Regierung eine andere Außenpolitik treiben kann als wir, und daß bei den Deutschnationalen auch mit Wasser gelacht wird. Dann wird das deutsche Volk zu-rückkehren zur Politik der Beharrlichkeit und Demokratie. (Die Sitzung dauert noch an.)

## Milde Winter.

Von überall her kommen Berichte, daß ob des früh-lingmäßigen Wetters die Natur sowohl in der Pfalz als auch in der Rheinpfalz sonderbare Launen zeige. Doch der Winter ist ein wenig vertrauenswürdigem Geiste. Der weiß was er uns noch bringen kann, und ob von ihm schließlich nicht doch noch alt: fernst und auf die Dauer?

Alle Chroniken berichten uns aus früheren Jahrhun-derten von solchen Wintern, in denen es weder Frost noch Schnee gab, aber das kalte Frühjahr „alles verderbt“, ja davon, daß Sommer und Winter gemischter ihre Rollen vertauscht hätten. So war der Sommer des Jahres 1838 sehr kalt; hingegen trugen die Jungfern aus das Neu-jahr Kränze von Blüten und Kornbäumen. Besonders be-merkenswert ist der Winter 1186. Im Dezember hatten, wie auch schon 1172, Rosen und andere Vögel Junge. Schon im Januar blühten in Thüringen und am Harz die Bäume und im Februar sah man Äpfel von der Größe der Wal-nüsse auf den Bäumen. Ende Mai war Ernte. Anfang August hatte man schon Most. Ebenso blühten genau ein Jahr später Bäume und Rosen schon im November und Dezember, und aus Niederachsen wird berichtet, daß zu Weihnachten die Kinder in den Flüssen badeten. Ein warmer Winter ohne Schnee und Eis war auch 1322. Um Weihnachten grünten die Bäume. Schon im Februar gab es reife Erdbeeren, im April blühende Weizenähren. Im Jahre 1828 war es ähnlich und die Ernte bereits im Pfingsten. Der Chronist fügt jedoch hinzu: „Alle Gewächse gedeihen gut und überflüssig“, aber bereits am Jacobi (25. Juli) war alles wie im Herbst. Ebenso war 1420 die Obstzeit sehr früh und die Ernte schon um Pfingsten. Auch dieses Jahr war gut und alles reichlich. Auch der Winter 1427—1428 hatte keinen Schnee und keinen Frost, sodaß schon im Dezember die Bäume blühten. Noch merkwürdiger sind die Winter von 1557, 1619 und 1624. Im Jahre 1557 blühten die Bäume schon im Herbst. Im Michaeli (29. Sep-tember) gab es Erdbeeren und wenig später Rosen. Ebenso blühten 1619 die Rosen im Oktober und November. 1624 hütete man zu Weihnachten die Röhre auf den Wiesen und Rosen und Pflaumenbäume blühten. In ähnlicher Weise wird aus den letzten beiden Jahrhunderten von sehr gelin-den Wintern, wenn auch weniger häufig, berichtet, so daß man wohl annehmen kann, daß es bei den Überlieferungen aus früherer Zeit an Übertreibungen nicht fehlt.

Gewissenhaft vergleicht der Chronist auch solche milden Winter, wo später noch ein Witterungsumschlag eintrat. 1178 war die Witterung anfangs sehr milde, nachher ein-tretende Kälte verdarb Wein und Früchte. Nach dem war-men, schneelosen Winter von 1289 trat im Mai noch harter Frost ein, welcher aber doch keinen merklichen Schaden an Wein und Früchten tat. 1594, wo in der Neujahrwoche Weizen blühten, schneite es am Ommelfahrtstage und froz Eisgassen. Obgleich im Januar 1629 schon die Obstbäume trieben und nachher Frost eintrat, so war doch die Ernte reichlich und der Chronist folgert daraus, daß auf gelinde Winter nicht immer schlechte Ernten folgen.

Der älteste, sehr warme Winter, von dem der Chronist zu melden weiß, ist der von 807. Nach der Ansicht der da-maligen Zeit brachte er die Pest, die über ein Jahr wütete und „die Menschen in Franken, Thüringen und am Harz sehr rar machte“. Ebenso wird die ungewöhnlich milde Witterung des Winters 1186 als der Bringer der Pest ange-sehen.

## Bermischtes.

Freiwilliger Hungertod. In Marseille spielte sich eine merkwürdige Tragödie eines alten Mädchens ab. Es handelte sich um ein 50-jähriges Mädchen, das seit seiner Jugend fast völlig gelähmt war. Es verlebte sich in dem Spital, in dem es gepflegt wurde, in einen Saalbesitzer, der ihm die Heirat versprach. Am Tage vor der Hochzeit verfiel der Brautigam unter Wirkung zahlreicher Wertgegenstände, die seinen zukünftigen Schwie-geltern gehörten. Aus Kummer über diese Treulosigkeit hat die Gelähmte seither sich geweigert, Nahrung zu sich zu nehmen, und sie ist jetzt Hungertod gestorben.

Aushebung einer Falschgeldwerkstatt. Ein Reichswehrsoldat der Garnison Reuim und fünf junge Leute, unter ihnen einige gelehrte Schriftsteller, errichteten eine gut ausgestattete Falschmünzwerkstätte, um falsche Rehrentenmarktscheine herzustellen. Durch den Hausbesitzer wurde nachts die Werkstätte entdeckt. Die Polizei verhaftete sämtliche Falschmünzer und beschlag-nahmte die Werkzeuge sowie die vorhandenen Falschstücke.

Das Ende des ältesten Wolkenträgers. Der älteste Wolkenträger Newbork und damit der Welt, das vor 40 Jahren erbaute 10-stöckige Mills Building, das damals für ein Wunderwerk der Technik galt, wird jetzt abgerissen werden. Die Holzstütze, auf denen es errichtet war, können das Gewicht nicht mehr tragen. Viele Jahre bestand sich hier die Bank Morgan. Jetzt hat Morgan das Haus an eine Gesellschaft verkauft, die an seiner Stelle ein 34-stöckiges Gebäude mit einem Rohenaufwand von 10 Millionen Dollar aufzuführen wird.

Gegen die Seekrankheit. Ueber ein neues Mittel gegen die Seekrankheit wird der „Danja“, Deut-schen nautischen Zeitschrift in Hamburg, mitgeteilt: Die Seekrankheit und ihre Einwirkung auf den menschlichen Organismus ist wissenschaftlich noch nicht zur Gänze geklärt. Mit Recht wird angenommen, daß durch das Schlingern und Stampfen des Schiffes Störungen im Blutkreislauf eintreten, und durch welche die Organe in der Ausübung ihrer normalen Tätigkeit behindert werden. Die übelsten Erscheinungen der Seekrankheit sind die Auswirkungen auf die Magenmerven. Es galt erstens festzustellen, warum nicht alle Personen gleichmäßig von der Seekrankheit befallen wurden, einige ihr gar nicht unterlagen, andere aber schon bei leichtem Seegang erkrankten. Eine Unterlage zu Forschungen auf diesem Gebiet war durch die Harnanalyse an die Hand gegeben. Durch Analyse stellte man fest, daß ein hohes spezifisches Gewicht des Harns und ein niedriges Säuregehalt das Zeichen einer guten Verdauung war, ein niedriges spezifisches Gewicht ein hohes Säuregehalt dagegen schlechte Verdauung anzeigte. Festgestellt wurde ferner, daß im ersten Falle die Seekrankheit sich nur leicht, bei einigen gar nicht bemerkbar machte, im anderen Falle jedoch alle der Seekrankheit verhielen. Durch diese Tatsachen wurden die Aufgaben gestellt, die gesunde Ueberlebung durch Schaffung des Präparates Oceanic erreicht. Versuche an Land sowie an Bord brachten ganz überraschende Erfolge. Magen- und Darmleiden verloren ihre Leiden in kurzer Zeit nach Einnahme von Oceanic, selbst wenn es sich um ganz veraltete Fälle handelte. Personen, welche leicht und jedesmal wieder von der Seekrankheit befallen wurden und auf jeder Reise Galle erbrochen hatten, bereiteten sich durch Einnahme von Oceanic auf die Seereise vor und wurden so von der Seekrankheit kaum belästigt.

Neues aus der Türkei. Die türkische Wese-gung ist ungeheuer fruchtbar, ein ewig-folgender Hei-beretopf, der das Land mit Gesehen überflutet, eine unerlöliche Maschine, vor deren Fingern und nicht sicher ist. Kürzlich haben sogar das Laichentum und der Farbentopf des Häuseranstrichers daran glauben müssen. Folgendes sind die neuesten Schöpfungen der türkischen Gelebeher: Alle Mitglieder des Parlaments, Lehrer, Staatsbeamte, Soldaten und Postbeamte sind ver-pflichtet, nur türkische Bekleidungsgegenstände zu tragen. Was sie noch an verabschiedungswürdigen ausländischen Kleidern besitzen, kann innerhalb der nächsten drei Mo-nate aufgetragen werden. Dann aber heißt es: rein tür-kisch bis auf die Knochen! Schwere Strafen setzt sich denjenigen aus, dessen Kleidungsstücke nicht den Stempel einheimischer Manufaktur tragen. Ferner ist es ver-boten, Häuser blau und weiß anzufstreichen. Blau und weiß sind nämlich die gezeichneten Farben, und die patrio-tischen Herzen der Türken sollen vor Verzweiflung ihres Nationalgefühlts geschützt werden. Also hatte das Mini-sterium des Innern in doppelter Beziehung Anlaß, sich dieses Gesehes anzunehmen. Doch nicht nur chauvinistische Tendenzen beherrschen das Feld. Viele Reformorganisa-tionen in Europa würden die Einführung einer ähnlichen Maßnahme, wie die folgende, in ihren eigenen Ländern freudig begrüßen: Jeder erwachsene, männliche Einwohner des Landes ist nämlich verpflichtet worden, sechs bis zwölf Tage im Jahre bei den staatlichen Straßenbauten mitzuarbeiten, also eine Art Arbeitsdienstpflicht zu lei-sten. Humanistisch fast mutet eine Verordnung an, die alle Personen auf den Straßen und in den öffentlichen Verkehrsmitteln beirgend erlaubt, von den Taschen-tüchern recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Verstaat-lichung der Kinderstube könnte man dies nennen.

Der Fremdenbesuch in Italien. Nach dem „Nuovo Paese“ sind im Jahre 1923 etwa 700 000 Fremde nach Italien gekommen, davon seien 113 000 Engländer, 97 000 Franzosen, 88 000 Amerikaner, 69 000 Deutsche und 112 000 Bürger aus den Donauländern gewesen.

Schulkinder als Auswanderer. Eine Anzahl englischer Gemeindefürer haben England verlassen, um nach Neuseeland auszuwandern und dort Farmer zu wer-den. Das ist nur der Anfang einer großzügigen Aus-wanderungsaktion englischer Schulkinder, nach einem Ab-kommen, das von den Dominien und einer Vereinigung ehemaliger Schulkinder, die schon in Neuseeland sind, unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen sollen in regelmäßigen Abständen englische Knaben in die Kolo-nien geschickt werden, um dort zu geschickten Ackerbauern ausgebildet zu werden. Bei ihrer Ankunft in Neuseeland werden die Knaben von einem Vertreter der Regierung empfangen, der darauf sehen wird, daß jeder einem besonders geeigneten Farmer zur Erziehung überwiesen wird. Wenn sie ihre Zeit abgedient haben, können sie ent-weder Farmergehilfen werden, oder sie können sich auch um ein Stück sogenanntes Kronland bewerben, um ihre eigene Farm zu gründen.

Junggefallensteuer in der Türkei. Die tür-kische Regierung hat nun endlich Ernst gemacht und dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, dessen Zweck die Einführung einer Junggefallensteuer ist. Jeder türkische Staatsangehörige, welcher das 25. Lebensjahr erreicht hat und nicht verheiratet ist, wird bei einem Mindesteinkommen von 1000 türkischen Pfund jährlich mit einer Steuer von 25 türkischen Pfund bestraft. Die Steuer wächst progressiv mit dem Einkommen bis zur Maximalhöhe von 500 tür-kischen Pfund. Verheiratete, aber kinderlose türkische An-gehörige, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, unter-liegen ebenfalls einer besonderen Steuer. Das Gesetz soll am 1. März 1925 in Kraft treten.



## München im Raureis.

Aus München wird uns geschrieben: Die Münchner haben dieses Jahr einen Grund, mit ihrem Winter zufrieden zu sein. Seit 1870 soll man keinen solchen hier gehabt haben, und man ist reichlich für alle Unbill des kalten kalten Sommers entschädigt. Der berühmte oberbayerische Wind, der sonst den Städtern den Garau macht, ihnen die Hüte vom Kopf, die Kleider vom Leib reißt, ist seit Wochen sanft in Frau Holles Weichheit geblieben, und weder er noch die weichen, weißen Taunen machen den Menschen etwas zu schaffen; das Meer von Männern und Frauen, das sonst vor Vorgesangenen mit Pfeilen und Schaufeln bewaffnet, den Kampf mit Schnee und Schmutz aufnahm, kann ruhig die Tage verschlafen. Die Straßen sind pulvertrocken, und der Automobil- und Fahrradverkehr ist fast ebenso lebhaft wie im Sommer. An Sonntagen ist alles unterwegs, nicht nach den Winterportplätzen, sondern in Münchens nahe Umgebung, wo die vom Gold der Sonne überglänzten Gärten und Wälder in blendend weissem Brautschmuck stehen. Der große Zauberer Raureis, den man sonst in München vielleicht dreimal im Winter am Werke sieht, schafft nun schon seit Wochen mit kurzen Unterbrechungen das Schmelze, das man seit Menschengedenken im Winter hier gesehen. Er hat nur eine Farbe auf seiner Palette, die des Nichtwissenden, des feuch Ähnlichen. Abends senkt sich dichter Nebel über die Stadt, die Nächte sind kalt, am andern Morgen steht die ganze Welt in einem leichten Tau, wie unter zarten, allmählich rosig und golden sich färbenden Schleieren, aus denen sich langsam die verzauberte Stadt entwickelt. Die Türme am alten Peter, am Rathaus, an der Frauenkirche sind noch verschwommen, gleichsam durchschneit, aufgelöst im blauen Blau des Himmels; die Dächer, die Tore, die schwebenden Brunnen, alle wie zu einem Hochzeitsmahl weiß glänzend, die Bäume eine felsam unbewegte, dematerialisierte Frühlingspracht.

Die kleine Anlage ist ein gebührendes Gefilde mit Farben, Palmenwedeln, Blumenkronen, die nur die kühlen Hände der Reigenen pflücken dürfen, ohne daß sie zerfallen. Unter den mächtigen Bräckenbogen wälzt die Jar ihre eisigerharten Wasser. Die Weiden und Birken an ihren Ufern fallen in leichten glühenden Kaskaden in die eisenden Ruten; die Sträucher sind mit Perlenketten behangen und mit Diamanten übersät. Jedes Gitter, jedes billige Drahtgitter ist kostbarstes, von unzähligen Motiven durchwirktes Spitzenwerk. Darüber die fabelhaft warme Sonne, die einen ganz vergessen läßt, daß der grimmigste Wintermonat regiert.

Die Ski-Freunde freilich kommen nicht auf ihre Rechnung, dafür aber läßt Schlittschuh, der sich nur auf den blanken Eisflächen halten kann. Im Englischen Garten herrscht Hochbetrieb. Der See ist zugefroren. Auf den stillen Gewässern rudern die Wildenten, denen keine Eisrinne etwas anhaben kann; weiße Nosen fallen von uralten Bäumen auf die Spaziergänger herab. Vom See her schallt frohes Stimmengewirr, Lachen von Tüben und Mädchen, die endlich dem Jwang der Schule entlaufen sind und sich nun auf der spiegelblanken Fläche herumtummeln. Man sieht unter den Erwachsenen ausgezeichnete Käufer, geringschätzige, biegsame Gestalten, die auf dem Eis, das ihnen vertrauter noch zu sein scheint als die braune Mutter Erde, allerlei Figuren ziehen, in weichen, runden, anmutigen Bewegungen sich zu Paaren nähern, spielen, gaukeln, um dann pfeilschnell davon zu laufen. Nicht weniger lebendig geht es beim Fischfischen zu, diesem in Bayern so überaus beliebten Winterport, bei dem durch geschickte Würfe eine Scheibe aus Eis in möglichster Nähe der sogenannten „Laube“, einem freistehenden Holzstoss zu bringen ist. So gibt es Freude und Genuß für alle, die den Winter nicht hinter dem Ofen verträumen, und die freien Stunden werden ausgekostet, bis die Dämmerung sich senkt und unhörbar den ganzen Raureischauder mit ihren Schatten deckt.

## Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

**Sichtung des Sportausschusses der Deutschen Turnerschaft.** Der Sportausschuß der Deutschen Turnerschaft trat unter Leitung des Sportwarts Schmid (Stuttgart) in Berlin des Vorsitzenden der D. T. Direktor Dr. Berger und des Oberturnwarts Runatz (Bremen) in Berlin zusammen. Für die am 29. und 30. August in Leipzig stattfindenden leichtathletischen Meisterschaften der D. T. in Leipzig wurde die Kampfliste festgelegt. Es gelangen die gleichen Leistungen wie 1924 in Danmøbe zum Austrag, dazu für Männer Kugelschaden bestmögliche sowie Stein- und Kugelstoßen belohnend. Die Mindestleistungen wurden überprüft und teilweise erhöht. Die Waidlaufmeisterschaft am 21. April in Ratzenow gelang als Einzel- und Mannschaftslauf (4 Läufer) zum Austrag. Zu den Meisterschaften sollen alle Auslandsdeutschen sowie der eidenössliche Turnverband und der holländische Turnverband eingeladen werden, jedoch können die Meisterschaften nur von deutschen Turnern bestritten werden. Die Einrichtung einer Vereinsmeisterschaft im Weidkamp wurde genehmigt. Jeder Verein, der sich beteiligen will, muß für jede Leistung zwei Vertreter stellen.

## Neue gegen Haarausfall

von Fachärzten und anderen ärztlichen Autoritäten verordnet und empfohlen. — Ueberall zu haben.

## Mitliches.

### Jugendwohlfahrtstagung

des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Großenhain am 24. Januar 1925 im Sachsenhof.

Eröffnung und Begrüßung durch Herrn Amtshauptmann Fellisch.

- 10-10.45 Uhr: Die Gesundheitsfürsorge für Säuglinge und Kleinkinder. Redner: Herr Fürsorgearzt Dr. Herrmann, Dresden-N. Aussprache.
- 11-11.45 Uhr: Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz und seine Auswirkungen auf die Wohlfahrtspflege. Redner: Herr Amtsgerichtsdirektor Dr. Neumann, Großenhain. Aussprache.

Im Anschluß findet Amtstag der Amtshauptmannschaft statt.

Ueber das Vermögen der Firma F. W. Böhm, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Straßburg a. d. E., die die Herstellung und den Vertrieb sowie den Handel mit keramischen Erzeugnissen betreiben hat, wird heute, am 20. Januar 1925, vormittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Wädel in Riesa wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 13. Februar 1925 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 16. Februar 1925, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 2. März 1925, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an die Gemeinschuldnerin verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Verbriefung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 13. Februar 1925 anzeigen. Amtsgerecht zu Riesa.

**Gebr. Damziegel** zu verkaufen. Dendel, Dendel.

**Gebr. Flügel** billig zu verkaufen. Su erst. im Tagebl. Riesa.

### Erwiderung!

Auf die Anzeige des Wachtmeisters der Landespolizei Herrn Alfred Schneider bemerke ich als Schwiegermutter, daß meine Tochter noch nicht einen Pönnig geborot hat. Herrn Wachtmeister Sch. verbiete ich vor allem, meinen Namen nochmals zu benutzen. Frau Anna Börschel geb. Lausche.

### Gsternmädchen sucht Hensel, Heyda.

**Ofter-Junge u. Ofter-Mädchen** sucht **Schwarz, Koffewitz.**

**Gebr. Damenrad** zu verkaufen. Su erst. im Tagebl. Riesa.

**4 gebr. Herrenräder** mit Torpedo, in gutem Zustande verkauft **W. Winkler, Fahrradfabrik, Danststraße 73.**

**Die Zeitungs-Anzeige** — übertrifft — an Schönheit alle übrigen Heftarten

### Mädchen

nicht unter 18 Jahren, welches ein selbständiges Arbeiten gewöhnt ist und Kochkenntnisse besitzt, für kinderl. Haushalt v. sofort oder 1. 2. gesucht. Vorausstellen mit Zeugnissen bei **Eberhard, Schulstr. 19, p.**

### Licht.. Wasser heilt

akute u. chron. innere u. äußere Krankheiten schneller u. gründlicher als alle anderen Mittel u. Methoden. Spezialbehandlung: **Frauenkrankheiten.**

**Dstar Berndt, Naturheilkundiger, Großenhain** Herrmannstr. 19. Fernruf 140. Sprechzeit: 10 bis 11, 1-3 Uhr. Besuche Kranke i. Hause. Einzelne Tagesgange Wochenturen. Anstalt geöffnet von 8-8 Uhr.

## Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. White.

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aus den nächsten Büschen des Parks tönte ein seltsames, halb lammendes Singen, in einer eintönigen, gleichförmigen Weise, die nur hier und da durch einen stärkeren, schrillen Ton gleichsam zerrissen wurde. Die Gräfin lauschte einige Augenblicke, dann sagte sie:

„Es ist deine alte Wärterin Betty. Sie sah bei mir, als Walter kam. Sie hat heut einen ihrer guten Tage. Betty weiß alles — das große Geheimnis gehört auch ihr.“

„All dies Geheimnisvolle ist mir so entsetzlich,“ sagte Margarete. „Warum darf ich nicht wissen, was selbst unsere Diener kennen?“

Eine lange, hagere Person trat in diesem Augenblick aus dem Schatten der Büsche in das Mondlicht hinaus. In wirren, aufgelösten Strahlen hing ihr das schneeweiße Haar um den Kopf, und das Gesicht mit den stark hervorretenden Wadenknochen, den tiefliegenden, düster brennenden Augen und der scharf geschnittenen Nase schien nur aus Falten und Runzeln zu bestehen. Sie wiegte sich nach der Melodie ihres Gesanges in absonderlicher Weise in den Hüften, und vorerst tat sie, als würde sie der beiden Frauen gar nicht gewahr. Erst als sie unmittelbar vor ihnen stand, brach sie ihren Gesang plötzlich ab, warf den Kopf zurück und starrte die Gräfin aufmerksam an.

„Er schläft,“ flüsterte sie mit dünner, klangloser Stimme. „Oh — horch —“

Sie neigte den Kopf vor und schien auf irgend etwas zu lauschen. Dann schloß sie die Augen, drückte die knöchernen Finger an die eingefunkenen Schläfen und neigte den Oberkörper ein wenig vor. So stand sie und rührte sich nicht, und keine der beiden Frauen sprach ein Wort, sie zu stören. Seit Jahren schon war der Geist der Frau umnachtet; aber sie hatte immer wieder Stunden, ja selbst Tage, an denen er so klar schien wie nur je zuvor.

Pfötzlich fuhr sie aus ihrer Stellung auf, sah sich verwirrt um, und als sie die Gräfin erblickte, lächelte sie.

„Ich konnte es drinnen nicht aushalten,“ sagte sie. „Es ist gut, daß ich in dieser Nacht klar sehe — wirklich, es ist eine große Gnade des guten Geistes. Die arme, arme Frau mag Gutes tun, ehe sie zu Grabe geht. Ich habe gehört und ich habe gesehen, und, es ist schrecklich, daß ich weiß — Aber die arme Frau kann Gutes tun — Und plötzlich wandte sie sich direkt an Margarete. „Sage ihm, daß der wahre Herr von Hohenlinden zurückgekommen ist, und daß dein hübsches Gesicht dein ganzer Reiz ist — sage ihm das, Kind. O, ich habe ihn gesehen — den Erben von Hohenlinden — den guten Herrn — und ich wußte, daß ich ihn sehen würde, ehe ich sterbe.“

„Worüber sprichst du?“ fragte Margarete in größtem Erstaunen. „Betty — erkläre mir das!“

Aber die alte Frau schüttelte den Kopf und wich ein paar Schritte zurück, wie in Angst, daß man sie zwingen

konnte, mehr zu sagen. Dabei murmelte sie unverständliche Worte, aus denen Margarete nur immer wieder „Hohenlinden“ heraushörte. Und plötzlich fuhr sie wild empor.

„Brenne die Ratten,“ schrie sie. „Brenne sie aus! Es ist die einzige Möglichkeit, Hohenlinden zu retten. Feuer, Feuer! Brenne sie! Das würde ich tun, wenn der gute Geist mir meinen Willen ließe. Und zu denken, daß es kommen würde, nach soviel Jahren! Herrin, Herrin, was für eine Gesellschaft von mürrischen alten Frauen wir sind!“

Die Gräfin seufzte tief. „Unser Unrecht rächt sich jetzt, Betty!“ sagte sie. „Margarete — ich beschwöre dich — tu, was ich von dir verlangt habe! Erspare mir die Pein eines vollen Geständnisses! Schicke diesen Mann fort!“

So leidenschaftlich beschwörend klangen ihre Worte, daß Margarete mehr denn je von Zweifeln und Furcht erfüllt wurde. Sie konnte sich zu keiner Klarheit des Empfindens, zu keinem Entschluß durchringen. Und noch ehe sie der Gräfin etwas hatte antworten können, kam Slawik über die Veranda und trat auf die Terrasse hinaus — ein Blatt Papier in der Hand.

„Ich bitte um Verzeihung, daß ich so lange ausgeblieben bin,“ sagte er, ohne der Gräfin, die sich in den Schatten zurückgezogen hatte, logisch gewahr zu werden. „Aber ich konnte kein Schreibzeug finden. Bitte — wenn Sie freundlichst — Ah — was ist das? — Es ist sehr spät für eine Promenade, Frau Gräfin.“

Er sprach mit einem leichten Anflug von Ironie und verneigte sich vollendet höflich; aber in seine Augen, die sonst so scharf und klar waren, war ein unruhiger Ausdruck gekommen. Und ein paar mal sah er von einem zum andern.

„Ich kam, um Margarete zu sehen,“ sagte die Gräfin ruhig. Sie war jetzt wieder ganz die hoheitsvolle Aristokratin, die sich bewußt ist, einem tief untergeordneten Menschen gegenüberzustehen. „Gewisse Informationen, die ich erhielt, ließen es mich für gut halten, noch in der Nacht herüberzukommen. Ich hörte, daß Graf Larnow Ihnen verpflichtet ist, und daß Sie, da er seinen Verpflichtungen nicht im Augenblick nachkommen kann, das Befehl gegen ihn in Anspruch genommen haben. Ich erspare mir, auf die Details einzugehen — es ist sehr überflüssig, sie zwischen uns zu erörtern. Es mußte Ihnen natürlich klar sein, daß Ihre durch nichts motivierte Rücksichtslosigkeit — ich möchte Ihr Tun mit keinem härteren Namen belegen — Komtesse Margarete große Sorgen bereiten mußte.“

Wieder verneigte sich Slawik in ironischer Höflichkeit. „Wir kennen uns seit langer Zeit, Frau Gräfin,“ sagte er. „Wir hatten einige Geschäfte miteinander, und Sie bemühen sich niemals, aus Ihren Besinnungen gegen mich ein Hehl zu machen. Ich halte deshalb jede Bemühung für überflüssig, mich jetzt noch Ihnen gegenüber in ein besseres Licht zu rücken. Die Wahrheit zu sagen: Ja, ich

wußte, daß meine durch nichts motivierte Rücksichtslosigkeit, wie Sie es zu nennen beliebten, Komtesse Margarete große Sorgen machen mußte.“

Die Gräfin sah ihn voll Verachtung an. „Sie sind schamloser, als ich gedacht hatte!“ sagte sie kalt. Da kam vom Rande des Buchswerts her wieder jene schrille, dünne Stimme:

„Brenne sie aus — verbrenne die Ratten! Leg' Feuer an! Feuer! Feuer! Verbrenne Leon Slawik! Verbrenne ihn und die anderen Untiere! Feuer! Feuer!“ Slawik war zusammengeschrien, und es war, als wollte sich ihm ein rasches Wort über die Lippen drängen. Aber er besann sich dann eines anderen. Die Sprecherin und ihre Worte ignorierend, wandte er sich wieder an die Gräfin:

„Ich wäre erfreut, wenn Sie mir gütigst mitteilen wollten, wie Sie sich den Fortgang der Angelegenheit gedacht haben.“

### 16. Kapitel.

„Ich hatte nicht die Absicht, Sie hier zu sehen,“ sagte die Gräfin. „Wenn ich daran denke, daß Sie der Sohn meiner besten Freundin sind! Es ist gut, daß sie starb, ehe sie Sie erkannte. Ich kam her, um mit Margarete zu sprechen, weil ich genau weiß, ein wie teuflisches Spiel Sie hier getrieben haben. Das wenigstens muß man Ihnen lassen: Sie haben keine Nähe gesucht, um zum Ziele zu kommen. Sie haben die Kenntnis von Familiengeheimnissen zu erschleichen gewußt, Sie haben überall spioniert, und Sie haben leider Gottes vieles erfahren. Aber so klug wie Sie sind — die ganze Wahrheit kennen Sie doch nicht. Und wenn ich heute sprechen wollte und könnte, würde ich gar vielen Ihrer schönen Träume ein jähes Ende bereiten. Ich habe einen Schwur am Lager eines sterbenden Mannes geleistet, und ich habe ihn bis heute gehalten. Ein solcher Schwur ist wie eine unflüchtige Fessel, die die Junge bindet, und es ist ein fürchterliches Unrecht, ihn zu brechen. Aber es gibt auch Schwüre, von denen der Himmel nicht wachen kann, daß man sie hält — und auch der meine gehört zu ihnen. Solange es sich nur um meine eigene Person handelte, wäre ich niemals in Versuchung gekommen, zu sprechen. Jetzt aber geht es um das Lebensglück anderer Menschen — Menschen, die ich mehr liebe als mich selbst. Und jetzt ist es Zeit, mein Schweigen zu brechen, und die Welt alles wissen zu lassen. Durch würde ich mein geliebtes Kind zu lebenslänglichem Unglück verdammen. Wenn Sie sie liebten —“

„Verzeihung,“ fiel ihr Slawik rasch ins Wort, „aber gerade das glaube ich beweisen zu können. Es ist möglich, daß meine handlungsweise Ihnen unehrenhaft scheint; aber Sie sagen selbst, daß ich keine Mähe und kein Opfer gescheut habe. Jahrelang habe ich für meine Liebe gekämpft, und auch das letzte, was ich jetzt getan habe, wird durch diese Liebe erklärt und entschuldigt —“